

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
 Postcheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 1382 62
 Postcheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 1212 18

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer, Berlin
 Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148
 Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Schriftsätze ohne Freimschlag werden nicht zurückgesandt
 Eingetragener in der Reichspostzeitungsliste

Die Leibrente der Unfähigen

In einer Zeit, wo die geheiligtesten Begriffe der kapitalistischen Welt vollkommen aus den Fugen geraten sind; in einer Zeit, in der die gottgegebenen Herren der Wirtschaft täglich aufs neue beweisen, wie beschränkte und ausweglose Wesen sie sind; in einer Zeit, in der ein Minister auf einem Kongress der Gewerkschaften auf die bisherigen Erfahrungen mit den Kreugers, Lahusens, Katzenellenbogens und all den vielen anderen hinweisen kann — in solcher Zeit bekommt die Leibrente der Kapitalisten eine neue Bedeutung und verdient neue Beleuchtung.

Die kapitalistische Wirtschaft wird immer mehr nur zum Schmarotzer, verliert immer mehr ihre aufbauenden Fähigkeiten. Der Schrumpfungsprozeß der Weltwirtschaft vermindert die Gesamtsumme des aus der Arbeiterklasse gepreßten Mehrwerts. Das hindert die großen Herren, die an der Fleischschüssel der Profite sitzen, nicht, immer noch die gleich großen Brocken zu verschlingen wie in ihren besten Zeiten. Kein Wunder, daß es bei der Verteilung unter den Tafelnden zu wüsten Katzbalgereien kommt, daß Betrug, Fälschung, Bestechung, Erpressung auf jeder Tagesordnung stehen, um verbrecherisch die Gewinnchancen zu erhöhen. So sind alle die vielen Skandale zu erklären, die in letzter Zeit immer häufiger den Blick hinter die Kulissen des so lieblichen kapitalistischen Theaters gestatten.

Kommt hinzu, daß auch bei den auf „normale“ Weise zur Strecke gebrachten Wirtschaftsführern (Borsig, Karstadt, Danatbank, Linoleumtrust sind dafür bezeichnend) sich nichts von jener genialen schöpferischen Einfühlungskraft des Künstlers entdecken läßt, die den Wirtschaftsführer von heute nach einem Wort von Jakob Goldschmidt auszeichnen soll. Er selbst, vor ein paar Jahren noch als Primadonna unter den Bankiers bezeichnet, wußte beim Zusammenbruch seiner durch die Lahusen schwergeschädigten Danatbank auch nichts Besseres als den Schrei nach der Staatshilfe.

Ein Fall, daß sich das beteiligte Kapital selbst zu helfen gewußt hätte, ist noch nicht vorgekommen. Immer wieder muß der Staat, der Vielgeschmähte, einspringen, muß Hunderte von Millionen in das ausgetrocknete Bett des Kapitalismus leiten. Und die gefräßigen Haifische der Wirtschaft schwimmen, schwimmen...

Das ist die Stelle, wo die Kritik an der Leibrente einzusetzen hat. Die Räubereien der Favag-Nutznießer, der gesalbten Herren vom Devaheim, die großen und kleinen Schiebungen all dieser Bankrotteure, die maßlose Verschwendung des Betriebskapitals durch die Lahusen im Bau prunkvoller Schlösser und bei Gastereien, wie wir ihnen in den Verfallszeiten alter Kultur begegnen, die Kapitalvergeudung zur Finanzierung der Hiftlerschen Armee zum Schutze des „schaffenden Kapitals“ gegen die Übergriffe der Gewerkschaften, dieses ganze sinn- und haltlose Prassen und Vergeuden — und dann der Schrei nach der Staatshilfe, die den Kladderadatsch verewigen soll —, das macht die Leibrente der Kapitalisten zu einer öffentlichen Angelegenheit und einem himmelschreienden Skandal.

Es geht nicht an, daß bei der Zahlungsunfähigkeit einer Firma erklärt wird, die Inhaber hätten sich im letzten Jahre sehr eingeschränkt und für ihre persönlichen Bedürfnisse „nur“ 100 000 Mark entnommen. Wir alle müssen mit unseren Steuergroschen, mit dem der Allgemeinheit gehörenden Geld des Staates bespringen, damit die Zusammenbrechenden gestützt werden, und wer kann — außer den Bankrotteuren — mit seiner Familie 25 000 Mark im Jahr verbrauchen? Immer wieder hat der Staat eine weit offene Hand.

So wie die freie Konkurrenz, wie der Sieg des Tüchtigsten, längst zum Teufel ging, so ist auch die sogenannte kaufmännische Ehrbarkeit der Kapitalisten zum Teufel gegangen, die der Präsident des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Herr Krupp, den freien Gewerkschaften gegenüber nach dem Krisenkongress mit so überheblichen Worten in Schutz zu nehmen wagte. Die Herren haben aus den ganzen Ereignissen der letzten Jahre nichts gelernt. Nichts gelernt aus der allgemeinen Krise ihres so feurig verteidigten privatwirtschaftlichen Gedankens (privat nur so weit, als der Kapitalist den Profit privat kapitalisieren und der Staat die Verluste sozialisieren darf, versteht sich!). Sie sitzen auf dem hohen Roß und diktiert der Regierung ihre Wünsche und kostspieligen Bedürfnisse.

Längst kann der Staat durch seine Subventionen erhebliche Besitztitel auf die Privatwirtschaft in Deutschland geltend machen. Die Wirtschaft ist längst eine öffentliche Angelegenheit geworden. Unentwegt aber bleibt der Reichsverband der Deutschen Industrie bei seiner Ansicht, daß „die ganze staatliche, wirtschaftliche und kulturelle Zukunft Deutschlands auf dem freiheitlichen Grundsatz der von den schöpferischen Kräften der Einzelpersonlichkeit getragenen Privatwirtschaft beruht“.

Mit soichem ethisch tuenden Schmus wird die Leibrente verteidigt, sonst nichts, keinesfalls die Kultur, keinesfalls der Fortschritt. Die Leibrente wollen sich die Herren der Wirtschaft erhalten. Dafür wird die Bürgerkriegspartei Hitlers finanziert, dafür fließen industrielle

Subventionen in dunkle Pressekanäle zum Lobe der privaten (stark zur Kriminalität neigenden) Unternehmerpersönlichkeit.

Ungeachtet der Notverordnungen und der Lohnherabsetzungen übersteigen die Bezüge der leitenden Herren in der Industrie, nach wie vor, jedes vorstellbare Maß. Ein paar Beispiele: Im Geschäftsbericht der IG Farbenindustrie prangen für die Gehälter von 21 ordentlichen und 22 stellvertretenden Direktoren annähernd 6 Millionen Mark, das ist für den einzelnen im Durchschnitt ein Jahresgehalt von zirka 135 000 Mark. Wohlgermerkt: das sind die offengelegten Summen, die für die Steuer ihre Gültigkeit haben. Was mag an Spesen und Aufwandsgeldern gezahlt werden? Bei der Berliner Hypothekbank, einem mittleren Institut, verdienen, nach dem neuesten Ausweis, drei Direktoren je 60 000 Mark pro Jahr. Das ist mehr als das Doppelte eines Reichs-

ministiergehaltes. Wobei zu bedenken ist, daß die öffentliche Bedeutung eines Reichsministers doch weit über der eines Bankdirektors liegt. Reichsminister pflegen die Banken zu sanieren, eben diese Banken, an deren Zusammenbruch nicht zuletzt die kapitalistische Leibrente schuld ist. Die Gesfürel-Ludwig Löwe AG hat Mitte April die Öffentlichkeit wissen lassen, daß sie für sieben Direktoren die Kleinigkeit von etwas über einer halben Million Mark im Jahr auswirft. Wie gesagt, das erfährt die Öffentlichkeit.

Immer mehr wird das Millionenheer der Erwerbslosen zu Bettlern herabgewürdigt, während die kapitalistische Leibrente unangetastet bleibt und durch Subventionen aufgefüllt wird. Selbstmorde der Art, wie einer in diesen Tagen durch die Presse ging, daß sich ein 46-jähriger Schmied in Breslau mit einem Päckchen Schwarzwulver in die Luft sprengte, weil ihm seine Wohlfahrtsunterstützung gekürzt wurde, das haben Großkapitalisten nicht nötig. Ihnen droht keine lebensgefährliche Kürzung ihrer Einkünfte. Die Lahusarier leben weiter und leben weiter gut!

Das Ergebnis der Landtagswahlen

Nun ist auch der letzte der drei großen Wahlgänge, die Wahl der Parlamente von sechs Staaten, geschehen. Man atmet richtig auf. Denn alle drei Befragungen des Volkes waren wahrhaftige Papier- und Wortschlachten, wie sie selbst Amerika kaum gesehen hat. Dabei haben einige Parteien, insonderheit die Nationalsozialisten, den bisher für möglich gehaltenen Gipfel an Verdummung und Belügen der Bürger weit übersprungen. Und was ist nun das Ergebnis dieses ungeheuren Aufwandes an Kraft und Geld?

Betrachten wir zuerst Preußen, den weitaus wichtigsten deutschen Staat, um dessen Eroberung die meiste Anstrengung von allen Parteien gemacht wurde. Hier haben von 22,4 Millionen Stimmen die Sozialdemokraten 4 668 000, das Zentrum 3 375 000, die Kommunisten 2 819 000, die Nationalsozialisten 8 008 000 und die Deutschnationalen 1 524 000 Stimmen erhalten. Von den übrigen Parteien hat keine über eine halbe Million Stimmen zu sammeln vermocht. Es sind dies die sogenannten Mittelparteien, die alle von der nationalsozialistischen Hyäne bis auf karge Reste aufgefressen worden sind. Von den 421 Abgeordneten des künftigen Preussischen Landtages werden die Sozialdemokraten 93, das Zentrum 68, die Kommunisten 56, die Nationalsozialisten 160, die Deutsche Volkspartei 6, die Staatspartei 2, die Hannoveraner 1, der Christlich-Soziale und Volksdienst 2 Sitze haben.

Die Nationalsozialisten sind also in Preußen die stärkste Partei. Diesem Sammelbecken von Pöstchenjägern, Unzufriedenen, Verzweifelten und geistig Schwachen sind starke Haufen der bürgerlichen Parteien zugeströmt. Die Sozialdemokratische Partei als auch die Kommunistische haben je etwas über 300 000 Stimmen verloren. Die Verluste der Sozialdemokraten sind am größten in süddeutschen und westdeutschen Wahlkreisen, während sie in Ostpreußen und besonders Berlin erfreulich hohen Stimmengewinn zu buchen hat. In Berlin allein konnten die Sozialdemokraten an die 66 000 Stimmen gewinnen, während die Kommunisten hier 80 000 verloren haben. Wohin die der Sozialdemokratie untreu gewordenen Wähler gegangen sind, wird sich kaum mit einiger Bestimmtheit feststellen lassen. Wo immer sie hingegangen sein mögen, der Verlust ist geeignet, ernstlich zu stimmen und gründlich zu untersuchen, wie er wieder gut zu machen und weiteren Verlusten vorzubeugen ist.

Die Nationalsozialisten haben ihr Ziel, Preußen zu erobern, nicht erreicht; sie allein sind auch mit ihren gesinnungsnahen Deutschnationalen nicht imstande, eine Mehrheit im Preussischen Landtage zu bilden. Die bisherige Regierung Braun-Severing hat keine Mehrheit mehr und wird in ein paar Wochen in aller Form zurücktreten; aber es ist auch noch nicht abzusehen, wie

eine neue Mehrheit zustande kommt. Hierüber ist in der Tagespresse ein allgemeines Rätselraten im Gange, das in der Ungewißheit über die Stellung des Zentrums versandet. Das Zentrum, die einzige bürgerliche Mittelpartei, die ihre Stimmenzahl zu erhöhen vermocht hat, wird künftig eine noch beständigere Schlüsselstellung im Landtag und darüber hinaus im Reichstag einnehmen.

Das Ergebnis der Wahlen in Bayern, Württemberg und Anhalt gleicht im großen ganzen dem preussischen. Auch hier gute Haltung des Zentrums, mehr oder weniger starkes Anschwellen der Nationalsozialisten und Verluste der Sozialdemokratie und der Kommunisten, von dem starken Rückgang der Mittelparteien nicht zu reden. Nur Hamburg zeigt ein freundlicheres Bild. Verhältnismäßig geringer Zuwachs der Nationalsozialisten, verhältnismäßig starker Verlust der Kommunisten, während die Sozialdemokraten ihre Mandatszahl von 46 auf 49 erhöhten.

Als im Vorjahre die Wahlen in Hessen, Oldenburg und anderswo stattgefunden hatten, wurde mit langen Zahlenreihen zu beweisen versucht, daß die Nationalsozialisten nun die Grenze ihres Wachstums erreicht hätten. Wie irrig das war, zeigen die letzten Wahlen. Und es würde ebenso irrig sein, heute anzunehmen, daß die Nationalsozialisten Zuwachs nicht mehr zu erwarten hätten. Solange die wirtschaftliche Not anhält, solange die arbeitenden Schichten von der sogenannten demokratischen Regierung nichts wie Notverordnungen mit Lohnkürzungen und ähnlichen Untaten sehen, solange erbliche Republikaner von der Justiz der Republik rücksichtslos behandelt und deren Feinde freundlich gestreichelt werden — solange ist schwerlich Aussicht auf Rückgang der nationalsozialistischen Flut. Darauf kann nicht deutlich genug hingewiesen werden.

Daß diese Wahlen weder die wirtschaftlich-politischen Schwierigkeiten, noch die allgemeine Unsicherheit vermindern würden, wurde hier letzte Woche schon gesagt. Die soviel beklagten Mißlichkeiten, die innerpolitischen wie die außenpolitischen, sind jetzt eher noch größer. Das wird ziemlich allgemein anerkannt, und es wird bekräftigt in den Betrachtungen, die die ausländische Presse über die Wahlen anstellt. Daraus ergibt sich für die sozialistische Arbeiterschaft, besonders für die Gewerkschaften, zunächst und vor allem, noch viel mehr als bisher alle Kräfte auf die Besserung der wirtschaftlichen Lage zu richten. Im weiteren gilt es für uns, die Kräfte in der Organisation zusammenzuhalten und sie zu steigern. Und dies mit Ruhe, Verstand und Eifer und in unerschütterlichem Vertrauen auf unsre eigene Kraft.

Umbau der Wirtschaft

Die kapitalistische Wirtschaft ist in ihren Grundfesten erschüttert. Der Kapitalismus hat durch Freisetzung von Arbeitskräften, Überteuern von Waren und Fehl-investitionen die inneren Widersprüche des Systems un-erhört verschärft. Die Wirtschaftsführer stehen hilflos, ausweglos diesem versagenden Mechanismus ihres Systems gegenüber. Sie haben die Macht über die von ihnen selbst geschaffenen Produktionskräfte verloren. Die Hoffnung auf eine Selbstlösung der Krise schwindet. Arbeitslosigkeit, Not und Elend revolutionieren die Massen, die Empörung gegenüber dieser unzulänglichen Wirtschaft wächst nicht nur bei den Arbeitern und Angestellten, auch der immer mehr seiner Existenzgrundlage bedrohte Mittelstand, der Handwerker und Gewerbetreibende rebelliert.

Politisch zeigt sich die Verzweiflungsstimmung breiter Volksschichten in dem Zulauf, den die Nationalsozialisten bei den Wahlen haben. Dem Faschismus in Deutschland, der in Wahrheit der Beschützer des kapitalistischen Systems ist, werden so Kräfte zugeführt, die im Grunde genommen den Kapitalismus nicht stützen, sondern stürzen wollen. Diese Erkenntnis ist nicht ohne Bedeutung für die Zusammenfassung der politischen Kräfte in der Arbeiterbewegung.

Aus der Situation in der Wirtschaft erwachsen den Gewerkschaften besondere Aufgaben. Gewiß haben sie wie immer in Krisenzeiten für die Erhaltung der sozialen Gesetze, der arbeitsrechtlichen Errungen-schaften, die bedroht sind, zu kämpfen. Ebenso not-

wendig werden sie sich nach wie vor mit allen zu Gebote stehenden Kräften gegen die Herabsetzung der Löhne wenden und gerade durch diesen Widerstand verhindern, daß die wirtschaftliche Lage immer weiter durch Schrumpfung des Einkommens verschlechtert wird. Im Hinblick auf die Lage des Arbeitsmarktes werden sie alle Kräfte anspannen müssen, um das Heer der Arbeitslosen wieder in Beschäftigung zu bringen. Dabei wird immer deutlicher, daß den konjunkturpolitischen Maßnahmen innerhalb des kapitalistischen Systems enge Grenzen gesetzt sind. Der Kampf der Gewerkschaften darf sich deshalb nicht nur auf die Forderungen richten, die zur Belebung des Arbeitsmarktes und damit für ein umfassendes Arbeitsbeschaffungsprogramm erforderlich sind, er muß sich darüber hinaus erstrecken auf das Ziel, die Wiederkehr gleichartiger Katastrophen durch einen Umbau der Wirtschaft zu verhindern. Es gibt keine aktive Wirtschaftspolitik mehr.

Aus dem Inhalt

Die Leibrente der Unfähigen — Das Ergebnis der Landtagswahlen — Umbau der Wirtschaft	109
Ungerechtfertigt hohe Löhne — Nationalsozialismus verschlimmert die Armut — Gefährliches Geschwätz	110
Stahlbad Anno 17 — Meiner Mutter — Ein Tag der Mutter	111
Jugendliche und Krise — Kümmert euch um die Organisation — Vom Vorstand	112
Der spanische Arbeiter und die Republik — Zur Frage einer sozialistischen Geldpolitik	113

die innerhalb des versagenden kapitalistischen Systems bleibt, die glaubt mit nur geringen Ausbesserungen die inneren Widersprüche des Systems zu überbrücken zu können. Die nationalsozialistische Bewegung hat die inneren Widersprüche des Systems erkannt und sie mit der stärksten Nachdruck zu vertreten. Jetzt kommt es darauf an, diese Forderungen zum Gemeingut aller Glieder der Arbeiter- und Angestelltenbewegung zu machen.

Im Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik der nächsten Monate müssen selbstverständlich wirksame Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung und zur Steigerung der Massenkraft stehen. Nüchtern erkennen die Richtlinien des Afa-Bundes die Grenzen der Arbeitsbeschaffung an. Keine Versprechungen, die nicht erfüllt werden können, kein Spielen mit der Währung. Konkret wird ein langfristiges Wohnungsbauprogramm, das besonders die Förderung des Kleinwohnungsbaues vorsieht, die sofortige Bereitstellung öffentlicher Arbeiten, eine bessere Verteilung der vorhandenen Arbeit, insbesondere durch Einführung der gesetzlichen 40-Stunden-Woche, verlangt. Die erforderlichen Mittel sind durch eine Prämienanleihe, durch Zwangsanleihe des Besitzes, durch Umbildung der Hauszinssteuer in eine Rentenschuld zu erschließen. Schluß mit der Lohnsenkung! Die Preise der Gegenstände des täglichen Bedarfs sind dauernd einer Kontrolle zu unterziehen. So wird es möglich sein, die Dauerbelastung des Arbeitsmarktes zu mildern.

Um die deutsche Produktion wieder voll in Gang zu setzen, müssen aber aus den Erfahrungen der Krisenjahre Umstellungen grundsätzlicher Art erfolgen. Die Richtlinien sehen deshalb die Bereinigung der Wirtschaft durch eine gesetzliche Banken- und Kreditreform und eine beschleunigte Durchführung des finanziellen Reinigungsprozesses in Industrie und Handel sowie eine vollständige Umstellung in der Agrarpolitik vor. Der Einfluß des Reiches auf die Banken und die Kontrolle der Privatversicherung ist mit dem Ziele der Verstaatlichung der Banken und des Versicherungswesens zu verstärken. Bis zur Erreichung dieses Zieles ist ein zentrales Bankenamt einzurichten. Das öffentliche Bank- und Sparkassenwesen ist örtlich, provinziell und zentral zu vereinheitlichen und mit den Kreditinstituten, an denen die Öffentliche Hand arbeitend System auszugestalten. Um die Lenkung der Kreditpolitik nach gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten und ihre Übereinstimmung mit der Währungspolitik zu gewährleisten, ist ein einheitliches Zusammen-

arbeiten der Reichsbank als Bank der Banken mit dem Bankennam zu sichern. Dem weiteren finanziellen Reinigungsprozesse zu helfen. Eine führende Rolle ist der öffentlichen Hand Gläubiger von Unternehmen ist — das gilt insbesondere von bereits gegebenen Subventionen, unter Umständen aber auch von Steuerschulden — können die rückständigen Forderungen in Beteiligungen umgewandelt werden. Das Kapital der Unternehmen muß vorher entsprechend herabgesetzt werden. Die Öffentliche Hand ist künftig an den Unternehmen gemäß ihres Kapitalanteils auch an Geschäftsleitung und Aufsichtsorganen zu beteiligen.

Sind diese vorstehenden Voraussetzungen erfüllt, so wird damit gleichzeitig der Umbau der Wirtschaft in der Richtung zur Bedarfsdeckungswirtschaft vorbereitet. Das Programm sieht deshalb die Zusammenfassung der öffentlichen Wirtschaft, die Entzerrung der Grundstoffindustrie und der Monopolwirtschaft vor. So ist der öffentliche Besitz an Produktionsmitteln systematisch auszubauen. Die monopolisierte Grundstoffindustrie, wie Bergbau, Eisen- und Metallherzeugung, Zement- und Düngemittelindustrie, die gesamten Versorgungsbetriebe, wie Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, der gesamte Güterfernverkehr und Personenmassenverkehr und die privaten Monopole der Massenverbrauchsgüter, wie Zigaretten- und Margarineindustrie, sind in die Öffentliche Hand zu überführen. Entschädigung bei der Überführung ist vorgesehen, die Schaffung eines Monopolamtes, das Zusammenschlüsse im gemeinwirtschaftlichen Interesse zu fördern hat, ebenfalls. In dem Maße, wie der öffentliche Einfluß auf die Wirtschaft verstärkt wird, ist der Außenhandel einer fortschreitenden Kontrolle zu unterziehen. In allen Organen, die zu schaffen sind, muß die Mitwirkung der Arbeitnehmer gesichert sein mit dem Ziele, daß die Herrschaft der privaten Interessen in der Wirtschaft mehr und mehr ausgeschaltet wird.

Es ist zu wünschen, daß die vorstehenden Forderungen in der gesamten Arbeitnehmerbewegung Aufnahme und Widerhall finden. Gewiß werden auch hier kritische Stimmen nicht fehlen, sicher wird die Frage der Durchsetzung dieser Forderungen aufgerollt, sind doch einzelne dieser Vorschläge nicht neu, und gerade das ist der Unterschied, daß 1918 bis 1920 die Situation nur äußerlich, vielleicht psychologisch ähnlich der heutigen war. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise verlangt gerade von den Gewerkschaften eine klare Stellungnahme, ein in die Zukunft weisendes und trotzdem an den Erschütterungen der Gegenwart nicht vorbeigehendes Programm. Bernhard Göring.

Unrechtfertigt hohe Löhne

Die Arbeiterbewegung hat in der letzten Zeit wiederholt die Forderung erhoben, daß die Löhne in einzelnen, hauptsächlich für den Binnenmarkt arbeitenden Industrien, zu hoch sind. Der Herr Minister, zurückhaltend wie er bekanntlich ist, hütet sich, gleich zu sagen, welche Industrien ungerechtfertigt hohe Löhne haben. Man kann indessen annehmen, daß für den Herrn Minister in diesem Falle so ziemlich alle deutschen Industrien für den Binnenmarkt arbeiten. Daß das wirklich der Fall ist, wird der Herr Zentrumsmister glatt beweisen. Er wird mit den Zahlen der gesunkenen Ausfuhr unwiderleglich dargetun, daß es in Deutschland überhaupt keine Industrie mehr gibt, die als Exportindustrie anzusprechen ist. Folglich abermals ein allgemeiner Lohnabbau!

Der Aufsatz erregt in der Tagespresse Aufsehen. Erstaunen und teilweise heftige Kritik. So berechtigt und verständlich die Kritik ist, das Staunen können wir nicht verstehen. Hat denn jemand von dieser Regierung oder ihrem Arbeitsminister etwas anderes, etwas Vernünftiges erwartet? Ein halbwegs kundiger Gewerkschafter sicherlich nicht. Wer es nicht schon früher gewußt haben sollte, der hat es durch die Rede Stegerwalds auf dem Außerordentlichen Gewerkschaftskongress innerwerden müssen, was die Glocke geschlagen hat: Fortsetzung des Lohnabbaus und Verschlechterung der sozialen Unterstützungen.

In der Tagespresse wird die Regierung vorwurfsvoll daran erinnert, daß der Herr Reichskanzler doch in einem Briefe an den Abgeordneten Wels erklärt habe, wenn sich eine „neue Situation“ ergebe, werde eine Änderung in der Lohnbaupolitik der Regierung eintreten. Daß eine „neue Situation“ eingetreten ist, wird heute, wo die Wahlen vorbei sind, niemand bezweifeln. Es ist aber wahrscheinlich, daß die Ansicht zwischen der Regierung und denen, die ihr den Vorwurf machen, darüber weit auseinander geht, von welcher Art die „neue Situation“ ist. Es soll uns nicht wundern, wenn die Regierung der Meinung ist, die „neue Situation“ sei der Art, daß nur eine „Lohnangleichung“ und eine „Reform der Arbeitslosenunterstützung“ unbedingt geboten sei.

In dem genannten Aufsatz sagt der Arbeitsminister auch: „Für die Arbeitnehmer wird es vorteilhafter sein, wenn Kurzarbeit schwindet oder gar Neueinstellungen erfolgen, als wenn sie eine Zeitlang noch Löhne aufrechterhalten, die auf die Dauer bei der noch anhaltenden Krise doch nicht haltbar sind.“ Dergleichen oder ähnliches haben wir von Herrn Stegerwald, wenn wir nicht ganz irren, schon wiederholt gehört. Aber daß durch Lohnkürzung Kurzarbeit verschwinden wäre, sogar Neueinstellungen erfolgt seien, davon hat bestimmt noch kein Mensch etwas vernommen, von dem Gegenteil um so mehr. Trotzdem setzt der Arbeitsminister diesen gefährlichen Irrweg munter fort. Man mag das bedauern oder verfluchen. Aber diese Regierung kann nicht anders, sie darf nicht anders. Würde sie anders handeln, sie wäre in ein paar Stunden erledigt. Daß alles mal seine Grenze findet, sollte die Regierung der Frontkämpfer von 1918 her noch wissen.

Nationalsozialismus verschlimmert die Armut

Bei den letzten Wahlen hatten die Nazis auf dem Lande starken Zulauf. Das ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die nationalsozialistischen Schamschläger den Bauern Erlösung von ihrer Not durch einen antarken (einen sich selbst genügenden) Wirtschaftstaat vorgaukelten. Die biedereren Landbewohner, deren politischer Sinn offenbar wenig entwickelt ist, gingen massenhaft auf den Leim. Sie würden ihr blaues Wunder erleben, wenn sie den nationalsozialistischen Staat zu fühlen bekämen.

Mit ihrem Wirtschaftstaat wollen die Nazis Deutschland von dem Weltmarkt loslösen. Loslösung vom Weltmarkt heißt Unterbindung der Ausfuhr. Ohne Ausfuhr ist es auch mit der Einfuhr vorbei. Ohne Ausfuhr werden alle die Arbeiter überflüssig, die für das Ausland schaffen. Ohne Einfuhr werden die Leute beschäftigungslos, die ausländische Rohstoffe brauchen. Was das bedeuten würde, kann man im Wochenbericht des Konjunkturinstituts vom 24. März nachlesen:

Im Jahre 1922 machte die Ausfuhr ein Viertel der deutschen Sachgüterproduktion aus, im Jahre 1931 war sie auf ein Drittel angewachsen, zur Zeit beträgt sie etwa 40 vH. Man male sich einmal aus, wie hoch die Arbeitslosigkeit steigen würde, wenn man die Ausfuhr ummöglichte.

Zu der gleichen Sache haben sich kürzlich zwei rechtsstehende Leute geäußert. Der Kölner Bankier Pferdenges erklärte auf einer Tagung der amerikanischen Handelskammer, daß die Maschinenindustrie, die elektrotechnische Industrie, die chemische und optische Industrie neben anderen andenkbar ohne den Auslandsmarkt seien. Versuchte man sie zu lösen aus ihrem Zusammenhang, so müßten sie in kürzester Frist verkommen. Rückkehr zur primitiven Stadt- und Bauerwirtschaft längst überwundener Epochen müßte die Folge sein, und zwar unter schmerzlichen Zwischen- und Krämpfen der deutschen Wirtschaft, gegen die die jetzige Krise sich annehmen würde wie ein heftiger Wind gegen einen rasenden Orkan.

Im Wirtschaftsanschau der Deutschen Volkspartei erklärte Reichstagsabgeordneter Dr. Köhninger: „Je mehr wir dem nationalsozialistischen System zustreben, um so temorer wird unsere Lebenshaltung. Die autarkischen Bestrebungen können nur durch rückwärtige Senkung des Lebensstandes erreicht werden. Von den 400 000 Arbeitern der Maschinenindustrie entfallen 200 000 auf die Ausfuhr. Den Nationalsozialisten fehlen die realgeschichtlichen Erfahrungen und die weitgeschichtlichen Erkenntnisse. Sonst wäre es unmöglich, daß die Hauptwirtschaftstheoretiker Feder haren Unsinn von vorn bis hinten verzapfen kann, um damit die Köpfe arbeitsloser Menschen zu verwirren, um nicht zu sagen verückt zu machen.“

Es bleibt also Tatsache, daß die Verleumdung der deutschen Arbeiterklasse durch die Autarkie verschlimmert und die deutsche Wirtschaft um Jahrzehnte zurückgeworfen wurde.

Gefährliches Geschwätz

Die Unternehmer oder deren Solidität sind um Verzicht zu Besserung der Wirtschaftslage nicht zu bewegen. Meistens bewegen sich diese aber innerhalb der bekannten Geldmengen. In der Bergarbeiter-Zeitung Nr. 21 stellt jemand fest, daß das Unternehmern- und Kapitalistennutzen im Jahre 1913 im letzten Viertel 34,3 Milliarden oder 50,6 vH betragen hat. Das Arbeiterkassenvermögen lag bei 31,4 Milliarden oder 44 vH. 1925 belief sich dieses auf 20,8 Milliarden oder 30 vH, letztes auf 36,7 Milliarden oder 60 vH; 1929 das Unternehmernvermögen auf 22,6 Milliarden oder 27,5 vH und das Arbeiterkassenvermögen auf 52,4 Milliarden oder 57,2 vH des Gesamtvermögens. Die Kapitalbildung sei infolge dieser Entwicklung gering gewesen. Zur Überwindung der Krise sei das Verhältnis wieder herbeizuführen. Deshalb müßten die öffentlichen Löhne herabgesetzt, die Löhne ermäßigt und der

somit ersparte Teil der Kapitalbildung zugeführt werden. Um dies zu erreichen, schlägt dieser Herr vor, die Arbeitszeit zu verlängern, und zwar die Kurzarbeit um ein Viertel der Zeit ohne Erhöhung des Tagesverdienstes und ohne dekretierte Preissenkung. „Das brächte alsbald die so dringend nötige Umschaltung vom Arbeits- zum Unternehmer-einkommen, die Vorbedingung zur Überwindung der Krise, und somit für die Wirtschaft wieder die Möglichkeit erfolgreicher Selbsthilfe. Der Vorteil wäre, daß der Stücklohn um 20 vH fiel und hieraus sich wieder Betriebskapital bildete.“

Zur Herbeiführung dieses für die Unternehmer so verlockenden Zieles soll gegebenenfalls eine Notverordnung erlassen werden. Der Herr spekuliert wahrscheinlich auf das kommende Dritte Reich, wo man zu derartigen Mitteln ohne weiteres greifen wird. Wir wollen es uns versagen, gegen derartige Vorschläge zu polemisieren. Die Wirtschaftspolitik der letzten Jahre bewegte sich in diesem Zirkel und die entsetzlichen Folgen kennen wir alle.

Kündigung des Lohntarifs in den Gas-, Wasser- und Elektrizitäts-Werken Rheinland-Westfalens

Der Arbeitgeberverband der Gas-, Wasser- und Elektrizitäts-Werke Rheinland-Westfalens hat den Lohnarif zum 30. April gekündigt. Es ist unverständlich, daß diese Arbeitgebergruppe, die bei jeder Gelegenheit von Verständigung zwischen Unternehmern und Arbeitern spricht, die jetzige stark bewegte Zeit benutzt, um den Tarifvertrag zu kündigen mit der Absicht, den Lohn noch weiter zu senken. Der Lohn dieser Arbeiter steht nach der letzten Lohnsenkung am 1. Januar 1932 auf Grund der Vierstündigen-Notverordnung durchaus auf dem allgemeinen Lohnniveau. Die gesamte Öffentlichkeit sollte beachten, daß es sich hier um eine Arbeitergruppe handelt, die eine sehr große Verantwortung hat. Man hat anscheinend auch dort nichts gelernt und nichts vergessen. Das Tarifgebiet umfaßt 76 Betriebe mit 11 000 Arbeitern.



Doch massenhafte Tarifrückführungen

Nach den Bekanntmachungen des Reichsarbeitsministeriums konnte man der Meinung sein, daß die Tarifrückführungen zum 30. April sich in bescheidenen Grenzen halten würden. Das ist jedoch nicht der Fall. Nach den Feststellungen des ADGB würden bis zum 5. April die Manteltarifverträge für 3,6 und die Lohnarifverträge für 2,8 Millionen Arbeitnehmer für Ende April gekündigt. Die Kündigungen wurden hauptsächlich vorgenommen für das Baugewerbe, die Gemeindebetriebe und das Holzgewerbe. Auch zahlreiche Lohnarifverträge für die Landarbeiterschaft wurden gekündigt. Aus der Metall-, der Textilindustrie, der chemischen Industrie, der Papierindustrie und dem Bergbau werden Kündigungen in großer Zahl nicht gemeldet. Für die Metallindustrie und den Bergbau stehen allerdings Kündigungen für Ende Mai bevor.

Die „Auflockerung“ der Tarifverträge ist also in vollem Gange. Was am 1. Januar angefangen wurde, soll am 30. April fortgesetzt werden. Die wenigen Berufe, wo noch ein halbwegs annehmbarer Lohn gezahlt wird, sollen mit den anderen gleichgestellt werden. Man scheint aus den Erfahrungen nicht gelernt zu haben, daß die Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Wirtschaft keinen Segen gebracht hat. Die Krise wurde nur verschlimmert. So nahm das Niedersacken seinen Lauf.

Rückgang der Arbeitslosenziffer

Seit dem Sommer 1931 hat die Arbeitslosigkeit in Deutschland ständig zugenommen. Sie stieg bis auf die ungeheure Höhe von 6 129 000. In der zweiten Märzhälfte hat erstmalig ein Rückgang der Arbeitslosenziffer um rund 98 000 stattgefunden. Die Besserung der Beschäftigungsverhältnisse hat sich nunmehr allgemein durchsetzen können. Sie blieb jedoch hinter der entsprechenden im Vorjahr erheblich zurück. Dies wird von der Reichsanstalt zum Teil auf die Zurückhaltung der Wirtschaft wegen der ungeklärten politischen Lage zurückgeführt. Die günstigere Entwicklung des Arbeitsmarktes ging fast ausschließlich von den Saisonberufen aus. Die erhebliche Zahl der erfolgten Vermittlungen kommt nicht völlig in einem entsprechenden Rückgang der Arbeitslosenzahl zum Ausdruck, da viele nicht unterstützte Arbeitslose, die während des Winters dem Arbeitsamt ferngeblieben waren, jetzt ihr Arbeitsgesuch erneuerten. Überdies fiel der Zustrom von schulentlassenen Jugendlichen in die Berichtszeit.

Eine Abnahme von rund 100 000 Arbeitslosen ist auf die Gesamtheit gerechnet nicht viel. Dennoch ist der Umschwung am Arbeitsmarkt sehr zu begrüßen.

Absturz der deutschen Einfuhr

Die Wareneinfuhr nach Deutschland ist im Monat März um 77 auf 364 Millionen Mark zurückgegangen. Das ist der niedrigste Stand von Jahrzehnten. Der Monat März war immer dadurch ausgezeichnet, daß die Einfuhr saisonmäßig zunahm. Diesmal ist eine nicht geringe Abnahme zu verzeichnen. Es fand geradezu ein Absturz der Einfuhr statt. Dies ist auch nicht auf Preisrückgänge zurückzuführen, da der durchschnittliche Preisstand nur um 3 vH gesunken ist. Kennzeichnend ist dabei die Tatsache, daß an dem Rückgang der Einfuhr die Rohstoffe mit 42 Mill. M beteiligt waren.

Die Ausfuhr ging um 11 auf 516 Mill. M zurück. Dazu treten 11 Mill. M Reparations-Sachlieferungen. Es war also ein Ausfuhrüberschuß von 152 Mill. M zu verzeichnen. Zurückgegangen ist die Ausfuhr namentlich nach der Schweiz und Großbritannien, ferner nach China und Dänemark. In früheren Jahren hat die Ausfuhr im März bedeutend zugenommen. Der März gehört zu einem der besten Ausfuhrmonate. Der demgegenüber eingetretene Rückgang zeigt die Schwierigkeiten auf dem Weltmarkt. Die Ausfuhr an Fertigwaren betrug im März 410 gegen 417 Mill. M im Vormonat. Im März mußte für annähernd 84 Mill. M Edelmetall ausgeführt werden. Daran zeigt sich die Schwierigkeit der Devisenlage der Reichsbank.

Stahlbad Anno 17

Kriegsroman von Peter Riss

Copyright 1930 by Fackelreiter-Verlag GmbH, Hamburg-Bergedorf

Langer macht mit übermenschlicher Kraft immer noch mit Vor mir zittert seine kraftlose Stimme im Gesang. Ich sehe einen rotblauen Streifen an seinem Hals, an seinem dünnen, dünnen Hals ... der vor mir in seiner Hilflosigkeit gelblich schimmert. Des Schinders Degenscheide hat dieses Mal hinterlassen.

Der Einjährige Sievers hinter mir hat Gönnerlaune ... das ist ein seltener Fall ... er, der Sohn eines Arztes ... selten gibt er sich mit uns armen Söhnen der Nation ab ... und jetzt verteilt er sogar Zigaretten? ... wir sind alle platt über so viel Großzügigkeit ...

Die Blicke gesenkt, marschieren die Rekruten, die Gewehr-läufe schwanen im Takt mit: links ... links ... links ...

„Die Vögelin — im Walde —
die sangen so wunder-wunderschön:
in der Heimat — in der Heimat
da gibt's ein Wiederseh'n ...“

Langers Stimme ist schwach, — ich sehe seinen schmalen Mund im Profil ...

„... da gibt's ein Wiederseh'n — — —“

Der dicke Minulla singt breit und getragen ... seine Sehnsucht ist ungeheuer ... das Dorf mit dem Ententeich, auf dem Sonne liegt ... die weiten Wiesen ... die duftende Erde ... Kühe ... Muuuuh ... muuuuh ... Kilbs Baß brummt ... Segelnde Wolken unsere Gedanken ... sie segeln nach Haus ... nach Haus ...

Aber dann tut sich ein jäher Abgrund vor uns auf und wir stürzen — — — stürzen — — —

Langer taumelt nach links, stöhnt grauenhaft ... schwankt nach rechts gegen Minullas breiten Körper ... ich springe vor ... fasse mit der freien Hand in Langers Koppel ... er hustet bellend ... röchelt ... dann sinkt er hintenüber ... ich fange ihn mit letzter Kraft auf ... wir kommen ins Stocken. Leiber prallen aufeinander ...

„Halten! Halten!“ schreien mehrere nach vorne. Preuß rennt nach der Spitze ...

Langer liegt ausgestreckt wie ein Toter. Still, ganz still. Plötzlich krümmt er sich. Faßt mit beiden Händen an die Brust. Sein Blick, mit dem er mich ansieht, ist nicht auszuhalten. Er bricht sich, gelber Schleim ... Blut ... stoßweise ... Blut ... Blut ... die grauen Lumpen bedecken hellrote Flecke ... Kilb öffnet ihm den Rock ... schnallt ihm den Tornister los ... streicht ihm mit unbeholfenen Fingern das kalkblasse Gesicht. Ich hebe ihm den Kopf hoch ...

„Wasser! Wasser!“ schreit Güttler und rennt hilflos hin und her. Lieber Güttler, es ist aussichtslos; hier gibt's kein Wasser ... Minulla kniet neben uns ... „Heini, Heini ... was ist denn, Heini ...“ — — — Er weint; dicke Tränen krollen ihm über das breite Gesicht ...

Die Kompanie hält ... Erregte Stimmen wirbeln durcheinander. Alle blicken entsetzt.

Da kommt der Schinder angesetzt. Sein Gesicht ist wie gepöglert ...

„Wollt ihr in euer Loch, Halunken!“

Er reißt mich hoch, daß Langers Kopf mir aus den Händen und in den Sand fällt. Wir stürzen ins Glied zurück ...

„Kompanie schtil-ge-schtanni!“ ... Ist denn das möglich?! — — — Während unser Kamerad wie tot im Sande liegt, dürfen wir uns nicht rühren, dürfen nicht helfen ... Selbstverständlichkeiten werden hinwegkommandiert ... brutal ... unmenschlich ... wir dürfen nicht einmal hinschauen. Ich höre in der plötzlichen, aufgezwungenen Stille, wie Kilbs Backenknochen in verhaltener Wut knacken ... Hart neben uns stöhnt Langer auf ...

Der Schinder steht vor ihm. „Die Unteroffiziere!“ brüllt er.

Und ich höre Preuß sprechen, aufgeregt, mühsam zurückgehalten:

„Er ist — zu früh — aus dem Revier — dem Revier entlassen — — — und den ... den ... Anstrengungen dieses Dienstes — — — nicht ... nicht gewachsen ... schon lange nicht mehr ... Herr ... Herr Leut ...“

„Sind Sie verrückt geworden! Habe ich Sie gefragt, Unteroffizier Preuß?! — Halten Sie den Mund: Treten Sie sofort ins Glied! Marsch marrrsch!“

Preuß steht wieder neben mir ... ich fühle seinen Arm zittern ...

Der Schinder steht mit den übrigen Gruppenführern um den Kranken herum ... sie flüstern erregt durcheinander ...

einer kniet bei Langer ... ich sehe es beim Hinschiel ... er bewegt Langers Arme hin und zurück wie bei einem Ertrunkenen ...

„Steh'n Sie auf, Grenadier Langer!“ kommandiert der Schinder. Er sagt sogar „Sie“, aber es klingt wie: „Hoch, hoch, du Hund!“ Er steht frech und herausfordernd, breitbeinig da. Bringen Sie ihn auf die Beine, Sergeant Schönfeld! schnarrt er weiter, „verfluchte Schweinerei, verdammter Simulant!“ Langer wird hochgezerrt, hin- und hergeschüttelt, ... er sackt mit dumpfem Aufschlag wieder zusammen.

„Ach ... ich kann mich nicht mehr halten! ... ich muß dem Halunken an die Kehle!“ — Eisern fühle ich Preuß' Finger um meinen Arm; ich hatte schon eine Bewegung aus dem Glied heraus gemacht ...

„Heini stirbt, denke ich, er verreckt hier wie ein Stück Vieh ...“

Es sind schon Minuten vergangen; die Zeit steht still. Wenn nicht gleich etwas geschieht ... Aber es ist immer das gleiche ... wir sind ohnmächtig ...

Die Kompanie steht unbeweglich ... die Hitze brütet wie in einem Backofen. Immer noch reden die Gruppenführer durcheinander und beratschlagen.

In der Ferne rollt ein heraufziehendes Gewitter ...

Vor mir zucken Minullas Schultern wie im Krampf ...

„Wir müssen den Kerl tragen lassen, Herr Leutnant!“, höre ich Schönfelds Stimme mit einem Unterton von Verachtung, „er ist zu schlapp zum Weitermachen ... ein elender schlapper Jahrgang, diese Muttersöhnchen ...“ — Laut klappt er die Hacken zusammen.

„Gewe-e-br ab! Rührt euch!“

Die Blicke der Kompanie irren zu dem sich krümmenden Knaul im Sand. — Mit geringschätzig herabgezogenen Mund-

winkeln sieht der Schinder darauf nieder. Dann wirft er sich zu uns herum und schreit:

„Sechs Mann, hierher, marsch marsch!“

Kilb, Minulla und ich schnellen als die ersten heraus. Wohl zwanzig Mann folgen uns.

„Sechs! hab' ich — gesagt!“ Er stößt mich brutal in die Seite und jagt mich stoßweise in die Reihe zurück. Angstlich weichen die anderen zurück.

Es ist ein heilloses Durcheinander. Der Schinder kann wohl nach dem Exerzierreglement unsere ihm verfallenen Leiber gefügig machen, aber hier versagt er vollständig und ist wie ein Viehtreiber, der nur mit brutalen Knüppelschlägen die ausbrechenden Opfer zusammenhält. — Es ist ein Murren in der Kompanie von vorne bis hinten. Der Schinder überfliegt die Reihen mit einem erkennenden Blick. Langer stöhnt und zieht die Knie an und durchsichtig den Leib. Bleich und durchsichtig



Minulla, der wieder bei Langer kniet —

liegen seine armen Hände in der Sonne. — „Kilb, Minulla, zurück! Los! Zurück!! Können ihr Hammel nicht hören?“ Der Schinder stampft mit dem Fuße auf und schnaubt erregt durch die Nase.

Minulla, der wieder bei Langer kniet und leise auf ihn einspricht, starrt fassungslos auf und schüttelt verloren den dicken Kopf.

Der Schinder springt auf ihn zu und zieht ihn wie ein Kaninchen am Genick hoch. „Rein in dein Loch, Lummel!“ Mit einem haßerfüllten Blick streifen Minullas Augen den Schinder. Seine Lippen liegen hart aufeinander. So trotzig sah ich noch nie dieses gutmütige Knechtsgesicht. Schritt für Schritt und sich einige Male kopfschüttelnd umsehend, kommt er zu uns zurück.

Feige zuckt der Schinder zusammen. Kurz vor ihm steht Kilb mit fünf anderen, die sich nicht vertreiben lassen. Er beachtet den Schinder gar nicht, löst den Riemen seines Gewehres und hängt es sich um den Hals. Dann ordnet er an und zeigt, wie man aus vier Gewehren eine Trage macht.

Ein zweiter Blitz grellt über uns. Es wird schnell finster und der Sand fegt durcheinander.

Meiner Mutter

Du trugst mich unter Deinem Herzen,
Du liebtest mich, noch ehe ich geboren,
Du hofftest und sorgtest,
Daß ich leben und gedeihen möge.

Du trugst mich, als ich noch hilflos,
Du kleidetest mich, als ich noch nackt,
Du gabst mir warme Milch von Deiner Brust,
Wenn ich hungrig war.

Du wiegtest mich in den Schlaf, wenn ich müde,
Du pflegtest mich, als ich krank,
Du lästest mit mir, wenn ich litt,
Du lachtest, wenn ich mich freute.

Du stärktest mich, wenn ich schwach,
Du ermutigtest mich, wenn ich verzweifelte,
Du warst stolz auf meine Erfolge,
Du warst mir treu, wenn keiner treu war.

Du betetest für mich die ganze Nacht,
Du erfülltest mit Sonne mein betäubtes Herz,
Du liebtest mich, wenn ich unliebbar,
Du wagtest Dein Leben, um meins zu retten.

Und nun, o Mutter, Du Allgütige: —
Du liegst eingebettet in enger Gruft,
Du kannst mich nicht mehr erwärmen mit Deiner Liebe,
Und ich kann Dir nicht sagen, was ich versäumt:

Sei gesegnet, Mutter ...



Steh'n Sie auf —

Da stand er nun vor dem gesuchten Grabhügel. Die Gedanken flogen zurück in die Vergangenheit. Erinnerungen tauchten auf. In dieser Stunde empfand er jedes harte Wort, das in seinem Leben gegen die Mutter über seine Lippen gekommen war, als schwer drückende Last, als Vorwurf gegen sich selbst. Aber das Geschehene ließ sich nicht mehr gutmachen! Die Welt feierte Muttertag. Sorgsam legte er die Feldblumen auf den Hügel. Er hatte keine Mutter mehr ... Jetzt erst merkte er, was es bedeutet, wenn man keine Mutter mehr hat.

Von seinen Wangen rollten große Tränen. Der Sohn weinte am Grabe seiner Mutter!

Als er abends im Dorfkrug in dem großen Bett des Fremdenzimmers lag, fragte er sich schweigend: „Warum feiern eigentlich die Menschen den Tag der Mutter? Muß man diesen Tag nicht täglich, stündlich durch alle Handlungen heiligen? Viele merken es erst zu spät, ja — viele merken es nie ...“

Denkt ihr an diesen Tag. Schenkt Freude eurer Mutter, die bangte und hoffte, scherzte und lachte. Sie ist ja auch Anker in einer Zeit, die uns alle schwer und oft prüft. Gönn' ihr diesen Tag — den Muttertag. Einmal ist ja doch alles vorbei ... Kurt Busse

Tapferkeit

Der Hartwichs Franz hatte um 10 Liter Bier gewettet, daß er eine Schüssel mit „zahn Ardäpflkleiß“ leeren würde. Der festliche Moment kam. Die dampfende Schüssel erschien auf dem Tische, die Wettgegner und die Unparteiischen setzten sich in Positur. Hartwichs Franz machte sich ungesäumt ans Werk. Die ersten sieben Klöße verursachten ihm keine Beschwerden, denn er hatte den ganzen vorhergehenden Tag gefastet und war hungrig wie ein Löwe. Der achte kostete ihn schon etwas mehr Mühe, und den neunten konnte er nur unter Aufgebot seiner ganzen Kräfte klein kriegen. Den gefüllten Bauch zärtlich streichelnd, redete er dann den letzten Klob feierlich an: „Du elenner Klob, Du wist wull allä ierwichtig geblei? Naa, dos gett nat! Unn wann iech off dar Schtell blatz sellt, iech muß Dech derzwing! Ronner mußde, unn wann De aach gleich wider buch kemmt! Dos konnsde nachen gehall wie De wist, aber etze mußte Diszoblin gewohrl Verschdannan!“ Und er fraß den letzten Klob.

Eine Hexenwaage

Zu Oudenwater in Holland sieht man noch die Hexenwaage, die in den Jahren 1591 bis 1596 gebraucht wurde. Der Magistrat der Stadt nämlich hatte das Geschäft, die vom Teufel besessenen Personen ihrem Gewicht nach abzuschätzen. Wehe ihnen, wenn das Gewicht nicht mit der Taxe übereinstimmte, welche der weise Rat entworfen und festgesetzt hatte, und sie einige Pfund leichter als der niedrigste Gewichtsansatz befunden wurden. Man hatte nämlich das Vorurteil, daß die mit dem Teufel in Verbindung stehenden Personen, durch den Erdmagnetismus angezogen, ihre ursprüngliche Schwere verlor. Es reisten daher viele Leute nach Oudenwater, um sich von dem dortigen Magistrat ein Attest zu erbitten, in welchem bezeugt wurde, daß sie schwerer befunden, als die Ratstaxe bestimmt hatte. In den Protokollbüchern dieser Ratswaage findet man folgendes: „Anna Gräberin, ein sehr feistes Weibstück, als Hexe befunden, wog am 10. Januar 1593 nur 2 Loth und 3 Quentchen.“ Radolf Eckart („Brauch und Sitte“).

Zirkus

Der Zirkus Zetterström kam nach Zittau. Suchte einen neuen Dompteur zur Löwengruppe. Ein Zittauer meldete sich zaghaft. „Wann können Sie eintreten?“ fragte der Direktor. „Sofort.“ — Sagte der Direktor: „Schön, dann räumen Sie als erste Arbeit die Überreste Ihres Vorgängers aus dem Käfig von César.“

Ein Tag der Mutter

Am Hang blühte schneeweißer Flieder. In den grünen Zweigen der jungen Birken saßen Vögel und trillerten lebhaft in den sonnenklaren Tag. Im Tal lag eingebettet von Wiesen und mächtigen Baumriesen der kleine Friedhof des Dorfes. Die Gräber trugen das Antlitz des Frühlings. Überall lachten Blumen; sie verdeckten Leid und Hoffnung, sie überstrahlten Vergangenheit, die tief im Schoß der kühlen Erde vergraben lag. Aus der Ferne tönte leiser Amselschlag und durchbrach die Stille des ewigen Schweigens. Schwerenmütig, gebeugt schritt zwischen den Gräbern ein Mann. Tief war er in sich versunken. Von Ferne betrachtet, schien er ein Jungling zu sein, aber in der Nähe sah man in seinem Gesicht tiefe Falten. Er war einer von jenen, die schweigend ihr Los tragen; die in sich etwas verborgen halten, das sie nicht vergessen können, für das sie nirgend-Ersatz fanden. Suchend ging er zwischen den Gräberreihen hin und her. Zehn Jahre hatte er den Ort nicht gesehen, wo man einst seine Mutter hinabgesenkt hatte. Fern von dieser Stelle suchte er eine Heimat; aber nirgend fand er ein Willkommen. Jetzt hatte es ihn zur Stätte seiner Mutter zurückgetrieben.



Verbandsleben



RG0

Von der Stirne, dick und heiß,
 Rinnt des Errr-Ge-Oten Schweiß.
 Was man leicht verstehen kann,
 Hört man seine Rede an.
 Seine Rede ist von vorn
 Bis ganz hinten voller Zorn.
 Voller Zorn auf die Verbände,
 „Die er nutz- und zwecklos fändel
 Die, wo ihnen angehören,
 Müßten sich einmal empören!“ —
 Ach, wie muß der Mann sich winden,
 Gründe dafür zu erfinden!
 Deshalb wird der Sinngehalt
 Kühn ersetzt durch Lautgewalt.
 Und da Schreien stets erhitzt,
 Kommt es also, daß er schwitzt.
 Oh, er würde gerne schwitzen,
 Blieben nur die Leute sitzen!
 Doch den Leuten ringsherum
 Wird das Lärmen gar zu dumm,
 Denn man weiß: Lärm wird erzeugt,
 Wenn die Wahrheit sich nicht beugt!
 Also gehen sie schon lieber
 Zu der Tagesordnung über,
 Weil das weiter bringt als die
 Errr-Ge-Oten-Strategie...

Jugendliche und Krise

Die Jugendlichen sind durch die Wirtschaftskrise entweder schon in der Erlernung eines Berufes oder an seiner Ausübung verhindert. Sie haben mithin ihre Erwerbsmöglichkeit verloren. Nun ist es wirklich gleich, ob den Jugendlichen ab und zu eine geringe Unterstützung zuerkannt werden kann — ich betone ausdrücklich kann —, die große psychologische Wirkung der Tatsache, daß der Jugendliche auf die Unterstützung anderer angewiesen ist und auf längere Zeit hinaus auch bleiben wird, bleibt bestehen.

Noch krasser zeichnet sich die Zukunft der Jugendlichen bei den eben aus der Schule Entlassenen. Viele von ihnen erklären rund heraus: „Warum sollen wir denn einen Beruf erlernen, wir werden doch sowieso nach Beendigung der Lehrzeit entlassen!“ Diese erschauernden Sätze haben ihre Berechtigung, denn die meisten Betriebe entlassen entweder die jungen Menschen nach abgelaufener Lehrzeit oder schließen ihnen ihre Tore vorzeitig. In beiden Fällen stehen die Jugendlichen plötzlich vor dem Nichts, besonders dann, wenn sie ihren Beruf nicht fertig erlernen können. Die Folge ist eine allgemeine Unlust gegen die Ergreifung irgendeines Berufes.

Noch weit schlimmer trifft sie die Wirklichkeit, in die sie nun versetzt werden. Herausgenommen aus jeglicher Bildungsarbeit, wissen sie nicht, wie sie die plötzlich erhaltene völlige Freizeit verwenden sollen. Was sollen sie nun tun? Die große Mehrzahl bleibt sich selbst überlassen. Was und wann sie mitunter nachlaufen, beweisen die Polizeiberichte. Die Arbeitervereine, die sich besonders der Jugendpflege angenommen haben, erfassen immer nur einen kleinen Teil der vielen existenzlosen Jugendlichen. Wir haben zwar einige staatliche Maßnahmen auf dem Gebiete der Jugendpflege zu verzeichnen, aber es sind nur Pflaster, die keine Linderung bringen. Die Lebensfreude und Arbeitslust schwindet bei den Menschen, die ihre Zukunft nur grau sehen. Die Jugendlichen werden bei der Bewerbung abgewiesen. Die sich immer wiederholende Abweisung wirkt sich auf den psychologischen Zustand der Jugendlichen aus. Hinzu kommt die finanzielle Abhängigkeit von den Eltern, was in der Regel eine Distanz zwischen ihnen bringt. Die Kinder wissen, daß sie den Eltern immer auf der Tasche liegen und daß sie die Not der Eltern nur verschärfen, anstatt sie zu lindern. Sie können auch nicht die geringste Gegenleistung für das Empfangene geben.

Der Jugendliche kommt so in einen inneren Konflikt. Er will endlich einmal auf eigenen Füßen stehen, will möglichst den Eltern zu Hilfe kommen. Das Schicksal aber ist stärker als er. Vergeblich versucht er sich gegen das Schicksal zu wehren. Er wird totgerieben von der Wirklichkeit. Er lebt nur immer inmitten der Getroffenen, sieht nirgends einen Ausblick und flüchtet schließlich aus dem Bereiche der Gesellschaft. Er sieht in dieser „Ordnung“ nur Unordnung, ewige Ungerechtigkeit; er sieht sich immer ausgestoßen und möchte mit einem Schläge alles vernichten, was ihn hemmt, sich zu entfalten. Wir müssen dies verstehen lernen. Der Jugendliche sieht keine Lichtblicke vor sich. Am Ende horcht er nach den Rattenfängern des Dritten Reiches. Bei ihnen findet er „Befreiung“, und er setzt seine letzte Hoffnung auf die nationalsozialistische Bewegung.

Betrachten wir die Nazi-Landsknechtgardien. Wir finden entzweitete Schichten und Menschen ohne allen Glauben an die Zukunft. Das helfen wir aber nicht ab, indem wir nur die Tatsachen feststellen. Wir müssen dort eingreifen, wo der Ansatzpunkt zu finden ist. Das ist der Existenzboden der Jugendlichen. Der Kern des Eingreifens liegt in der Arbeitsbeschaffung, und besonders für Jugendliche. Wir dürfen in dieser Sache nicht länger tatenlos bleiben. Sicher können wir den Jugendlichen eine Existenzmöglichkeit nicht aus dem Armeel schnitteln. Innerhalb aber können und müssen wir die Verantwortlichen zwingen, daß man sich einmal zur Tat übergeben wird. Das Gere über Arbeitsbeschaffung Lichtblicke bringt.
 H. Schneider

Gewerkschaftliche Frauenarbeit in Dresden

Heute, in der Zeit der wirtschaftlichen und politischen Zerrissenheit, muß versucht werden, den weiblichen Mitgliedern klar zu legen, welchen praktischen Wert das feste Gebäude der Gewerkschaften für die Arbeiterchaft und nicht zuletzt für die Arbeiterinnen darstellt. Wir müssen täglich erleben, wie sehr die Frauen und Mädchen nach der Aufklärung bedürfen. Immer und immer wieder muß versucht werden, ihnen begreiflich zu machen, daß auch sie in die Abwehrfront der Gewerkschaften eingereicht werden müssen, um dem Ansturm des Ausbeutertums standhalten zu können. Erst wenn unsere

Kolleginnen dies erkannt haben, werden wir auch in den Betrieben manche Schwierigkeiten, die sich aus den Arbeitsverhältnissen ergeben, erfolgreicher überwinden. Um alle Kolleginnen zu dieser Erkenntnis zu verhelfen, müssen die Ortsverwaltungen Schulungs- und Bildungsabende für die Frauen veranstalten. Wir in der Verwaltungsstelle Dresden haben im Jahre 1931 für die Kolleginnen abgehalten

11 Funktionärinnenversammlungen	mit 1074 Teilnehmern
19 Besichtigungen	1022
12 Arbeitsausschußsitzungen	158
10 Vorstandssitzungen	69
8 Wanderungen	211
12 Betriebsversammlungen	753

72 Veranstaltungen mit 3287 Teilnehmern
 69 Veranstaltungen mit 3076 Teilnehmern
 im Jahre 1930. In den Versammlungen der Funktionärinnen sind durchschnittlich 90 anwesend aus 35 bis 40 Betrieben. Es ist durchaus eine rege Beteiligung zu verzeichnen. Wir zählten 188 gewählte Funktionärinnen, davon waren 99 Vertrauensleute und 89 Betriebsräte. Die Zahl ist allerdings infolge der Entlassungen und Stilllegungen auf insgesamt 169 weibliche Funktionäre zurückgegangen.

Die Besichtigungen zeigten einen guten Erfolg, lernen doch gerade hier die Kolleginnen die verschiedensten Arbeitsmethoden und Gewerbegebiete kennen. Mancher Vergleich wird dabei mit der eigenen Arbeit angestellt, und immer kommt man zu dem gleichen Resultat: Heute wird niemanden etwas geschenkt, sondern alle müssen ihr Brot sauer verdienen.

Unsere Arbeitsausschußsitzungen sind Zusammenkünfte von ehemaligen Teilnehmern an Arbeitsrechtskursen und der Wirtschaftsschule Dürrenberg. Die dort gehörten Vorträge werden ausgearbeitet und erneut zum Vortrag gebracht. Manches Minderwertigkeitsgefühl wird durch solche Schulungsarbeit unterdrückt. Es werden dann unsere weiblichen Mitglieder mehr an der Aussprache der Versammlungen teilnehmen.

In unseren monatlichen Zusammenkünften wird jedes Jahr eine Kommission zur Erledigung aller agitatorischen und organisatorischen Angelegenheiten der Arbeiterinnen gewählt, die sich Vorstand nennt. Die Wanderungen haben wir im letzten Jahre erst eingeführt und damit gute Erfahrungen gemacht. Da wir hierin die körperliche und seelische Erholung unserer Kolleginnen erblicken, werden die Wanderungen beibehalten. Wertvoll waren sie insofern, als die Teilnehmerinnen auch ihre Kinder mitbringen können, für die wir im Walde Spiele arrangieren. Besonderen Wert haben doch die geselligen Veranstaltungen für die Organisation insofern, als dadurch die feste Bindung besonders bei den Frauen hergestellt wird.

An all den anderen Bildungseinrichtungen beteiligten sich unsere Kolleginnen entsprechend. Mehr als bisher kommen die Arbeiterinnen jetzt in das Büro zur Arbeiterinnenabteilung, um sich Auskunft zu holen. Beschäftigt sind in unserem Bereich 6000 Metallarbeiterinnen, davon sind 4450 organisiert. Es wäre gut, wenn andere Verwaltungen, besonders auf Grund der vom Hauptvorstand herausgegebenen Richtlinien, ebenfalls dazu übergingen, tatkräftige Schulungsarbeit für die Kolleginnen einzuführen.
 Susanne Pflugbeil

Kümmert euch um die Organisation!

Von den Klempnern und Installateuren in Dortmund wird uns geschrieben: Auch unser Beruf wurde von der Arbeitslosigkeit bis zu 95 vH erfaßt. Diese Krisenzeit benutzen die Unternehmer, die in jahrzehntelangen Kämpfen erworbenen Errungenschaften abzubauen. Ihre geheimsten Wünsche gehen aber noch weiter, und zwar nach Aufhebung des Tarifs. Wenn es bisher gelang, die größten Verschlechterungen im Tarif selbst trotz öfterer gerade nicht arbeiterfreundlichen Einstellung der Schlichtungsstellen abzuwehren, so gebührt dafür die Anerkennung den Kollegen, die tatkräftig an der Gewerkschaftsarbeit teilnehmen und dadurch ihren Gewerkschaftsführern die nötige Stütze verschafft haben.

Wenn ich die Metallarbeiter-Zeitung benutze, so deshalb, um auch einmal an die Kollegen eine ernste Mahnung zu richten, die unseren Versammlungen fernbleiben. Die einen sagen: Wir haben kein Geld, um an den Versammlungen teilzunehmen, die andern: Wenn wieder mehr Arbeit vorhanden ist, machen wir alle Verluste wieder wett. Den ersteren, nun folgendes: Die Versammlungen finden größtenteils in eigenen Häusern statt, wo von den Kollegen niemand verlangt, daß sie etwas verzehren. Zu den andern Kollegen möchte ich sagen: Können wir es uns in einer Zeit, die der Unternehmer immer wieder benutzt, Tarifverschlechterungen durchzuführen, leisten, beiseite zu stehen und sich auf die rührigen Kollegen verlassen? Bei den jüngsten Rahmenarbeitsverhandlungen in unserem Bezirk haben die Unternehmer unser Verhandlungsleiter dutzendmal gesagt: „Ach, Ihre Mitglieder sind ja zufrieden, nur Sie kommen uns mit dem und dem!“ Man fragt sich, wie kommen die Unternehmer zu solch einer Meinung?

Die Versammlungen zu besuchen, ist nicht nur wegen der gewerkschaftlichen Aufbauarbeit erforderlich, sondern auch wegen des Lehrlingswesens. Fest steht, daß die Zahl der Lehrlinge nicht mehr in Einklang zu bringen ist mit der Zahl der Gehilfen. Unsere Kollegen im Gesellenausschuß werden ja von der Lehrlingszüchterelei ein Lied zu singen wissen, wenn sie dort zur Sprache kommt. Immer wieder müssen wir den Eltern sagen, daß der junge Kollege nach Beendigung der Lehre entlassen wird und es auch meistens bleibt, nicht nur jetzt in der Krise, sondern schon in den Jahren, als die Beschäftigungsmöglichkeit noch besser war.

Was ein Überangebot an Arbeitskräften von jüngeren Kollegen bedeutet, erleben wir jeden Tag. Trotz vierjähriger Lehrzeit versuchen die Eltern, die Jungen als Volontäre für ein Entgelt, das jeder Beschreibung spottet, weiter beschäftigen zu lassen. Dann liest man auch seit Jahren: „Nur Jungen mit höherer Schulbildung können die Stelle besetzen.“ Vielleicht haben wir dieser Tatsache in den letzten Jahren zu wenig Beachtung geschenkt.

Kollegen! Wir waren und sind auch heute noch stolz darauf, uns eine gut organisierte Gruppe zu nennen. Wie es sich zuwinkt, einer solchen Gruppe anzugehören, sehen wir ja, wenn wir die Stundenlöhne der einzelnen Branchen betrachten. Damit dürfen wir es aber nicht genug sein lassen. Hier kommt es auf die Mitwirkung eines jeden Kollegen an, an dem Aufbau seiner Branche und Gewerkschaft mitzuarbeiten und aufklärend zu wirken. Deshalb auch ihr, die ihr abseits steht: Herein in eure Branchenversammlungen, damit die Gewerkschaftsführer die Stütze haben, die sie bei kommenden Verhandlungen und Kämpfen mit den Unternehmern brauchen. Daß solche Kämpfe kommen werden, lehrt die letzte Beiratsitzung unseres Verbandes. Grundgedanke der Organisation muß sein, einen Kampfplan zu schaffen und zu erhalten und ihn nicht durch Zahlung von Unterstützungen außer Acht zu lassen. Sache des nächsten Verbandstages muß es sein, die nötigen Maßnahmen für die Erhaltung eines gezielten Kampfplans, nötigenfalls durch Satzungsänderung, zu beschließen.
 F. B.

Vom Vorstand

Telegrammschrift: Metallvorstand Berlin
 Fernsprecher: Dönhoff 6750-6753

Mit Sonntag, dem 8. Mai, ist der 20. Wochenbeitrag für die Zeit vom 8. bis 14. Mai 1932 fällig.

Zur Beachtung für reisende Mitglieder

Reisende Mitglieder können nur in dem im Adressenverzeichnis mit † bezeichneten Verwaltungsstellen Reisegeld erheben. Das Aufsuchen der Bevollmächtigten, Kassierer und Vertrauensmänner in den Wohnungen oder Arbeitsstellen durch die Reisenden hat zu unterbleiben.

Ein statutarisches Recht auf Empfang von Lokalgeschenk besteht nicht. Die Auszahlung von Lokalgeschenk durch die Verwaltungsstellen ist freiwillig und nur soweit möglich, als lokale Mittel vorhanden sind. In allen Verwaltungsstellen, wo im Adressenverzeichnis vermerkt ist: „Lokalgeschenk wird nicht bezahlt“, ist das Aufsuchen des Kassierers, weil zwecklos, zu unterlassen.

Zur Beachtung! Zuzug ist fernzuhalten:

Nach Rotterdam, Schiffswerft und Maschinenfabrik P. Smit Jr. (Streek).

Berlin SW 66, Alte Jakobstraße 145

Der Verbandsvorstand

Fristlose Entlassung bei Wahlfälschung

Das Reichsarbeitsgericht beschäftigte sich zum erstenmal mit der Rechtsfrage, ob ein Betriebsratsmitglied bei Wahlfälschung fristlos entlassen werden kann. Es bejahte diese Frage. Der Kläger war Vorsitzender des Betriebsrats einer Reichsbehörde in Stettin. Bei der Neuwahl des Betriebsrats war er Vorsitzender des Wahlvorstandes. Er hat sich der Wahlfälschung schuldig gemacht und war vom Gericht wegen Wahlfälschung bestraft worden. Nachdem die Reichsbehörde eine Urteilsabschrift erhalten hatte, hat sie den Kläger fristlos entlassen. Auf die Klage des entlassenen Betriebsratsmitgliedes hat das Landesarbeitsgericht die Entlassung für unzulässig erklärt. Es geht davon aus, daß die Beklagte nach § 39 Abs. 2 des Betriebsrätegesetzes die Amtsentsetzung des Klägers als Betriebsratsvorsitzender habe betreiben müssen und dies auch bereits während des schwebenden Verfahrens hätte wirksam betreiben können. Sie hätte unter Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist das Arbeitsverhältnis des Klägers kündigen können. Weil aber die Beklagte dies unterlassen hat, so durfte sie später den Kläger ohne die Zustimmung der Betriebsvertretung nicht entlassen.

Gegen das Urteil hatte die beklagte Reichsbehörde Revision eingelegt und in dieser Frage eine grundsätzliche Entscheidung verlangt. Das Reichsarbeitsgericht hob das vorinstanzliche Urteil auf und wies die Klage ab: Der Kläger habe Listenfälschung bei der Betriebsratswahl begangen. Es könnte der Beklagten nicht zugemutet werden, daß sie den Kläger weiter beschäftige. Infolge des schweren Vergehens, das sich der Kläger habe zuschulden kommen lassen, konnte die Kündigung auch ohne Zustimmung der Betriebsvertretung erfolgen (RAG 564/1931).

Julius Asch †

In Rostock ist am 22. April unser Kollege Julius Asch gestorben. Er ist lange Jahre Geschäftsführer des DMV in Rostock gewesen. Von welchem Stoff unser verstorbene Kollege war, ist daran zu ersehen, daß er Präsident des Mecklenburgischen Landtages und mehrmals Finanzminister dieses Staates war. Auch gehörte er der Bürgerversammlung Rostocks an, zu deren Präsidenten er gleichfalls erkoren wurde.

Durch seine politische Tätigkeit war Asch die letzte Zeit etwas in den Hintergrund der Gewerkschaftsbewegung getreten. Er hat früher wiederholt die Mitgliedschaft des DMV auf dessen Verbandstagen vertreten, wo er zuweilen hervorragend mitwirkte. Noch ehe er in Rostock zum Geschäftsführer gewählt wurde, war er sehr tätiger Funktionär in unseren Verwaltungsstellen in Berlin, Stettin und Königsberg.

Kollege Asch ist nur 57 Jahre alt geworden. Er erblickte in Berlin-Rummelsburg das Licht der Welt. Kaum 17 Jahre alt, trat er dem DMV und der SPD bei. Er ging dann auf Wanderschaft, die 15 Jahre dauerte, immer und allerwärts eifrig tätig für die Sache seiner Berufskollegen und der Arbeiterschaft. Die Wanderschaft hörte im Jahre 1907 in Rostock auf. Hier fand der geistig rege und organisatorisch tüchtige Kollege einen Wirkungskreis, der ihn fesselte und befriedigte. Und hier bekam er Gelegenheit, die höchsten Proben seiner Fähigkeiten abzuliegen. Er hat die Proben ausgezeichnet bestanden.

Nun ist der Nimmermüde zur ewigen Ruhe eingegangen. Vergeblich wird man fortan nach ihm Umschau halten und umsonst nach seinem Rat fragen. Bei aller Trauer um den großen Verlust bleibt der Trost, daß er zu Lebzeiten so ungeheuer viel gegeben hat, ein Kapital, das noch lange reichen Zins tragen wird. Und dadurch wird es fortleben bei allen denen, die ihm nahestanden und für die er wie wenige gehofft und geschafft hat. Mit den Rostocker Kollegen und den Angehörigen stehen wir tieftrauernd an der Bahre Julius Aschs, gelobend, sein Andenken zu wahren und ihm nachzufahren.

Albin Reichardt, Erfurt †

Unser lieber Kollege Albin Reichardt, Bezirkssekretär des Erfurter Bezirks, ist in den Sielen gestorben. Der Verstorbene bereiste den Erfurter Bezirk, um mit Lichtbildervorträgen für den Verband zu werben. Überanstrengt und krank kehrte er nach Erfurt zurück und mußte sofort das Krankenhaus aufsuchen. Eine Blinddarmentzündung hatte ihn niedergeworfen. 13 Wochen lag er fest. Wiederholt wurden operative Eingriffe vorgenommen, doch war ihm nicht mehr zu helfen. Am 21. April schloß er seine Augen für immer. Die Trauer um diesen wackeren Kollegen ist allgemein. Albin Reichardt hat nur ein Alter von 52 Jahren erreicht. Von Beruf war er Eisendreher. Schon seit jungen Jahren ist er in der Metallarbeiterbewegung tätig. Seit 13 Jahren ist er Verbandsangestellter. Ebenso rührig war er auf politischem Gebiet tätig. Ursprünglich war Markkrantz in Sachsen sein Wirkungskreis. Dort war er Stadtverordneter und wirkte auch als Vorsitzender der Ortskrankenkasse. Mit Albin Reichardt verlieren wir einen fleißigen, opferbereiten Verbandsarbeiter, der sein Bestes für die Arbeiterbewegung hergegeben hat. Die Metallarbeiter werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren.

Brief aus Madrid

Der spanische Arbeiter und die Republik

von J. Wolff

Die spanischen Arbeiter in ihrer Masse lassen sich nicht gut mit ihren ausländischen Klassengebrüdern vergleichen. Sie sind meist des Lesens und Schreibens unkundig. Ihr Temperament verlangt schnellste Erfüllung der Wünsche, und sie werden böse, wenn nicht sofort alles klappt. Sie erkennen nur Tatsachen an, nicht das, was dahinter steht. Sie sehen, daß die Kaziken (Großpächter), Feudalherren und Fabrikbesitzer immer noch ihre Autos haben, daß der Pfarrer nach wie vor seinen dicken Bauchspazieren trägt, dagegen sehen sie, daß sie selbst den Gürtel immer enger schmälern müssen, und sie begreifen nicht, daß mit dem Verschwinden der Monarchie und Diktatur die Republik nicht sofort alles Althergebrachte umgeworfen hat und daß die Reformierung heute nur Schritt für Schritt vorwärts gehen kann, wenn sie wirklich von Grund auf ändern soll. Und vor allem: Der spanische Arbeiter kennt nicht die wirtschaftlichen Zusammenhänge, so wie sie wirklich sind, es fehlt ihm an der nötigen Schulung dazu.

Wohl in keinem anderen europäischen Staat sind die einzelnen Wirtschaftszweige so stark miteinander verbunden, wie gerade in Spanien. Ist der Landarbeiter arbeitslos, so stockt der Konsum — und der Industriearbeiter muß feiern. Im Januar waren nach einer Statistik der sozialdemokratischen Gewerkschaften mehr als 500 000 Landarbeiter außer Arbeit, eine Zahl, die bei insgesamt 800 000 Arbeitslosen erschreckend hoch ist.

Entstanden ist diese Arbeitslosigkeit jedoch nicht etwa aus dem Mangel an Arbeit. Arbeit wäre mehr als genug vorhanden, fruchtbares und fruchtbar zu machendes Land gibt es in Fülle. Doch die Kaziken und die Feudalherren, denen dieses Land, ganze Provinzen, gehört, lassen es brachliegen, sabotieren, aus Angst vor der geplanten Enteignung und dem Erstarken der Arbeiterschaft, jegliche Arbeit. Kein gewerkschaftlich organisierter Landarbeiter wird von ihnen eingestellt, die Olivenernte verkommt an den Bäumen, der Lohn (durch die Republik laut Tarifvertrag eingeführter Mindestlohn) sei zu hoch und nicht erschwinglich. Sie schikantieren den Landarbeiter, wo sich ihnen eine Möglichkeit dazu bietet. Laut Tarifvertrag wird ihm Stundenlohn, Wohnung und Deputat zugesichert, die Brunnen aber draußen im Felde werden zugenagelt, das Wasser wird vom Besitzer zu teuerstem Preis verkauft, vom Lohn abgezogen, der Vertrag sehe keinerlei kostenlose Abgabe von Getränk vor.

Trotz eines Dekrets, das diese Saboteure zu Gefängnisstrafen verurteilt, wächst aber in allen Agrarprovinzen die Arbeitslosigkeit, und die Regierung kann so lange nicht energisch durchgreifen, als sie durch gesetzliche Festlegung der neuen Verfassung nicht selbst richtig im Sattel sitzt.

Und die Arbeitslosigkeit des Landarbeiters greift auf den Industriearbeiter über. Der Metallarbeiter zum Beispiel leidet in ganz besonderem Maße unter dieser Krise. Von den 23 000 in der sozialdemokratischen Gewerkschaft organisierten Metallarbeitern sind 4000 vollständig arbeitslos, 8000 arbeiten in Dreitageweche, ein Prozentsatz, der sich auf die gesamte Metallarbeiterschaft übertragen läßt.

Und die Löhne. Ein Werkmeister verdient etwa 15 Peseten, der einfache Arbeiter durchschnittlich 10 Peseten täglich, bei Dreitageweche ein Gehalt, das nicht einmal für einen halben Menschen, geschweige

denn für die vielköpfige Familie des spanischen Arbeiters ausreicht! Und das sind schon die unter schweren Kämpfen erreichten Minimallöhne.

Aber die spanischen Metallarbeiter könnten bei einigem guten Willen und Wirtschaftssinn der Industriellen nicht nur alle in Arbeit stehen, sondern auch erträgliche Löhne verdienen, denn der Absatz an Eisenerzeugnissen im Lande ist groß genug. Aber Spanien fördert zwar Eisen in reichlichem Maße, doch dieses Roheisen geht nicht an die inländischen Fabriken, sondern es wird zu 90 vH exportiert. Aus dem einfachen Grunde, weil keine Fabriken vorhanden sind, die das Roheisen verarbeiten.

Fertigfabrikate müssen daher eingeführt werden. Im Jahre 1930 wurden nach Spanien eingeführt Automobile für 53 Millionen Peseten, Nähmaschinen für 8 Millionen, Lastwagen für 53 Millionen Peseten und andere Eisenerzeugnisse mehr. Das sind Beträge, die allein schon zum Bruchteil genügt, eine eigene Industrie auf die Beine zu stellen. Die Eisenförderung würde bei weitem genügen, den Eigenbedarf der Spanier an Fertigfabrikaten zu decken, und auch die Geldmittel wären vorhanden. Spanien ist reich, und der Spanier ist willig, seinem Lande zu helfen, das beweist die Anleihe, die vor einigen Tagen beim Volk gemacht wurde. Zur Deckung der von der Monarchie übernommenen Budgetschulden konnten 500 Millionen. Nach 1 1/4 Tagen war die ausgeschriebene Anleihe bereits um 150 Millionen überzeichnet.

Würde also in Spanien planvoll eine den Eigenbedarf deckende Eisenindustrie ins Leben gerufen, hätte der Metallarbeiter nicht nur genügend Arbeit, sondern es würden noch neue Arbeitskräfte erforderlich sein. Doch die Verwirklichung solcher Ideen geht nicht so rasch vonstatten, und besonders nicht in Spanien, auch nicht beim besten Willen der Beteiligten. Und so heißt die augenblicklich größte Sorge des Metallarbeiters und der gesamten Arbeiterschaft schnellste Einführung der Agrarreform: Aufteilung der Großgüter an arbeitslose Landarbeiter, Kleinpächter, Kollektive. Denn sobald diese Reform erst einmal in Kraft tritt, steigt mit dem wachsenden Landanbau der Bedarf an landwirtschaftlichen Maschinen, an Eisenbahnen, an sonstigen Transportmitteln, muß die Eisenförderung anschwellen, und dann wird die Regierung dafür sorgen, daß neue Fabriken entstehen und die Einfuhr an Fertigfabrikaten der Eisenindustrie überflüssig wird, also der Metallarbeiter wieder Brot hat.

Auch die Agrarreform — wie die mustergültig bisher durchgeführte Schulreform und alle anderen Pläne der Konstitution, wie Betriebsrätegesetz, Bankengesetz usw. — erfordern Zeit, Zeit und nochmals Zeit.

Aber der unwissende spanische Arbeiter erkennt das nicht, er wird unzufrieden, murt. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften, obgleich sie an Mitgliederzahl gewinnen, unterstützen zu viel arbeitslose Mitglieder, um praktisch mit ihrem Kapital die Kulturaufbauarbeit im notwendigsten Maße fördern und so gegen diese Unzufriedenheit ankämpfen zu können.

Doch nach und nach wird auch der ungeduldig Fordernde einsehen: Die Umformung geht Schritt für Schritt vor sich, das während der Diktatur Versprochene wird eingelöst, eingelöst von denen, die die Republik schufen, den Sozialdemokraten. Und ein neues Spanien wird für solche Unzufriedenheit seiner Bevölkerung keinen Raum mehr haben!

Wir stehen aus menschlichen und sozialistischen Gründen den letzten Weg vor.

Wer die Forderung aufstellt, auch das Bankengeld und die Bankguthaben sollten unter Umlaufzwang gestellt werden, verkennt meines Erachtens vollkommen die Aufgabe des Geldumschlages. Zur Aufrechterhaltung der heutigen arbeitsteiligen Wirtschaft genügt es, wenn genügend Bargeld umläuft. Selbst wenn alles Bankengeld stillgelegt würde, könnte das Preisniveau stabil erhalten werden durch entsprechende Vermehrung des Bargeldumschlages.

Umgekehrt ist es nicht möglich, das Bargeld vollkommen durch Bankengeld zu ersetzen. Da ja durch den Umlaufzwang nur erreicht werden soll, daß „Deflation und Inflation vermieden werden“, genügt es durchaus, wenn das Bargeld einer Geldbesteuerung unterworfen wird, um diese Grundlage und Voraussetzung des bargeldlosen Verkehrs zu erhalten. Bei jeder Barzahlung zahle ich den aus einer Tabelle abzulesenden Steuerzuschlag — und am Ende des Jahres tauscht der Staat die alten Scheine gegen neue unter einem entsprechenden Abzuge ein.

Dr. H. befürchtet von der Einführung der Geldsteuer eine „Flucht in die Sachwerte“. Das ist ein Parallellfall zu der bekannten „Kapitalflucht“. Vor dem Kriege nannte man es „Kapitalexport“, „Eroberung des Weltmarktes“ — und war stolz darauf. „Flucht in die Sachwerte“ hieß früher „Flotter Absatz“. Wenn die Geldmenge nicht übermäßig vermehrt wird, kann dieser Prozeß „ein bestimmtes Maß“ gar nicht „überschreiten“ — wie ein Pferd nicht durchgehen kann, wenn Zügel und Bremse in Ordnung sind.

Dr. H. weist hin auf die technischen Schwierigkeiten des Umlaufzwanges — schreibt aber selbst, daß „der so verhängnisvolle Streik des Geldes heute als ein großes Übel der Wirtschaft belastet“. Es fragt sich, ob eine kleine technische Unbequemlichkeit (bei jedem Kauf muß man aus einer Tabelle nicht wie heute den Rabatt oder den Skonto, sondern den Zuschlag ablesen) im Kauf genommen werden muß, wenn dadurch dieses „große Übel“ beseitigt werden kann.

Dr. H. befürchtet, daß die Ersparnisse größer werden als die Anlagen. Nun, man läßt ein Kind nicht verhungern aus Angst, es könnte zu viel essen. Ein Anschwellen der Ersparnisse, d. h. Neubildung von Sparkapital, würde auf den Zins drücken. Je niedriger aber der Zins, um so höher der Lohn! Wenn viel gespart wird, dann können viele Anlagen erstellt werden. Sollen wir verhindern, daß es der Menschheit besser geht als heute?

Dr. H. befürchtet, daß durch eine Geldsteuer der geregelte Kreditverkehr gestört wird. Kredit gibt es nur, wo Kapital gebildet wird. Kapital wird nur gebildet, wenn genügend Geld umläuft. Führen wir also die Indexwährung mit Umlaufzwang durch, dann haben wir die Wirtschaft wenigstens von dem einen großen Übel befreit, das sie belastet.

Es gibt noch mehrere Übel? Nun, wer hat denn behauptet, daß durch eine bessere Geldverfassung alle Übel beseitigt werden könnten?

Daß man mit tausend „Wenn und Aber“ kommt, sobald jemand einen praktischen Vorschlag macht, um endlich einmal anzupacken, das ist, um mit Dr. Halasis Worten zu schließen, „schmerzlich, aber wahr“!

Ein Moskauer Kindergarten

Die Sowjetpresse veröffentlicht nahezu täglich Berichte über die zunehmende Zahl von Kinderheimen, Kinderkrippen und Kindergärten und schildert dabei die Aussichten, die sich für Frau und Kind durch diese Maßnahmen eröffnen, in den rosigsten Farben. In diesem Zusammenhang ist ein Bericht der Wetschernaja Moskwa (vom 15. März 1932) über den Besuch eines Mitarbeiters des Blattes im Moskauer Kindergarten Nr. 36 bemerkenswert. Der Bericht lautet:

„Durch ein mit einem Spinnwebgewebe bedecktem Fenster dringt ein schwaches Licht auf Überreste eines Sofas und Stühle, die in der Ecke aufgestapelt sind. Daneben steht ein großer Müllhaufen, voll von Abfällen. Auf dem Boden große Wasserschalen. An der gegenüberliegenden Wand bückt eine alte Frau auf einem Petroleumkocher Eierkuchen. Auf der Treppe liegen drei alte Ziegelsteine und ein kaputtger Eisenschloß. Dieses Zimmer hat vier Türen; die eine Tür führt auf die Straße, die zweite zum Besitzer des Petroleumkochers und der Eierkuchen, die dritte zur Toilette des Kindergartens und die vierte zum Kindergarten Nr. 36 des Baumann-Bezirks bei der Fabrik „Krasnaja Rabotniza“. Dies ist unser erster Eindruck. Mutig betreten wir den Kindergarten und nehmen an, daß wir über nichts mehr staunen werden. Es erwies sich aber, daß bereits das erste Zimmer uns völlig überrascht hat. Stellen Sie sich eine kleine Küche mit 10 bis 12 Quadratmeter und einem zerbrochenen Fenster vor. Rechts ist der Herd, auf dem die Köchin das Mittagessen für die Kinder zubereitet. Neben dem Herd eine Kommode, auf der eine große Schüssel mit nasser Wäsche steht. Ein Teil der Wäsche ist gleich hier zum Trocknen aufgehängt. Etwas weiter ein Schreibtisch, an dem die Leiterin des Kindergartens Buch führt, den Hausmeister empfängt, sowie alle anderen Besucher. Neben dem Tisch sitzt auf einem Stuhl ein kleiner Junge. Er ist krank und hat Fieber. Der Kindergarten verfügt jedoch über kein Krankenzimmer, und so wurde der kleine Junge in der Küche auf einem Stuhl, neben der Wäsche, den Rechnungsbüchern, dem Herd und dem Hausmeister „isoliert“. Die Leiterin des Kindergartens erklärte, daß es zum Mittagessen zuweilen Fleisch gebe, das Essen reiche jedoch nicht immer für alle Kinder aus. Das zerbrochene Fenster im Schlafzimmer spielt bereits seit Wochen die Rolle eines Ventilators. In den Ankleidezimmern der Kinder herrscht eine Temperatur wie im Keller, was auf den schlechten Zustand der Ofen zurückzuführen ist.“

Neue Gehaltssätze für Moskauer Lehrer

Wie die „Wetschernaja Moskwa“ (vom 16. April) meldet, hat der Moskauer Stadtsowjet neue Gehaltssätze für die Lehrer der Volks- und Mittelschulen festgesetzt. Die Volksschullehrer erhalten von jetzt ab in der ersten Gruppe monatlich 85 Rubel, in der zweiten 95 Rubel, in der dritten 105 Rubel, in der vierten 115 Rubel. Die Gehälter der Lehrer der Mittelschulen betragen in der ersten Gruppe 127 Rubel, in der zweiten 142 Rubel, in der dritten 149 Rubel, in der vierten 164 Rubel. Die neuen Gehaltssätze treten rückwirkend vom 1. Januar d. J. ab in Kraft.

Der Zollwall um England

Mit dem 26. April ist der endgültige Zollwall um England errichtet worden. Die bisherigen provisorischen Zollmaßnahmen verlieren ihre Gültigkeit. Der Schutzwall wurde in Höhe von 15 bis 33% vH des Einfuhrwertes festgelegt. Man kann diese neuen Zollgesetze als eine dauernde Wendung Englands zum Hochschutzzoll betrachten. Die jetzt festgesetzten Zollsätze dürfen innerhalb der nächsten 12 Monate nicht ermäßigt werden. Am höchsten werden Halbfabrikate aus Eisen und Stahl, Fahrräder und Einzelteile davon, Kugellager, Photoapparate, Chemikalien und andere Produkte verzollt. Nunmehr dürfte keine Aussicht mehr vorhanden sein, daß England jemals wieder zum Freihandel zurückkehrt. Der Wall um dieses Inselreich ist errichtet, die Schutzzollidee hat neue Nahrung bekommen.

Zur Frage einer sozialistischen Geldpolitik

Von Hans Schumann, Schmölln

Auch über den zweiten Aufsatz des Dr. Halasi ist uns eine Anzahl Erwidernungen zugegangen. Wir geben die von Hans Schumann wieder, weil sie nach unserem Dafürhalten die Streitpunkte knapp und sachlich hervorkehrt. Womit wir die Erörterung dieser Sache hier für abgeschlossen betrachten.

Schriftleitung.

Es ist stets für eine Aussprache am fruchtbarsten, wenn man das Einigende heraushebt. Dr. A. Halasi ist mit uns völlig einig in der Forderung, daß „für die Arbeiterklasse sowohl die Inflation als auch die Deflation außerordentlich nachteilig ist, und daß wir deshalb bestrebt sein müssen, beide zu vermeiden.“ Er stimmt uns ferner in der Auffassung zu, daß der Preis des Geldes (oder das Preisniveau der Waren) lediglich abhängt von der Knapphaltung des Geldes.

Ob eine Inflation oder aber eine Deflation stattfindet erkennt man bekanntlich am Steigen oder Sinken des Preisniveaus, d. h. des Index. Die logische Folgerung aus den Ausführungen Dr. A. Halasis lautet demnach: Man sollte die Geldmenge stets so knapp halten, daß der Index stabil bleibt.

Diese Forderung — das sei nebenbei erwähnt — wurde erstmalig 1892 von Gesell aufgestellt, sie wurde seit Jahren vom Internationalen Gewerkschaftsbund und vom Internationalen Arbeitsamt verfochten, sie stand an der Spitze des von Henderson entworfenen Wahlprogramms der Labour Party und setzt sich nunmehr endlich auch in Deutschland durch.

Die Schwierigkeiten der Index-Währung sieht Dr. Halasi einmal in der Aufstellung des Index. Dazu möchte ich bemerken: In weiten Kreisen werden heute die Forderungen einer Planwirtschaft aufgestellt, d. h. man will den Bedarf (?) der Menschen feststellen und dadurch allmählich die gesamte Produktion planmäßig regeln und die Produkte planmäßig verteilen. Gegenüber diesen Plänen ist die regelmäßige Feststellung und Zusammenzählung einer bestimmten Anzahl Preise der lebenswichtigsten Gebrauchsgüter ein Kinderspiel. Ferner meint Dr. H., die Indexwährung könne „zum Spielball der Interessen des Finanzkapitals oder eines feudalen Agrarkapitalismus“ gemacht werden.

„Fallende Preise sind eine Chance für das Geldkapital“, spricht Dr. H. c. Pferdmenge. Das Finanzkapital hat ein Interesse an den Schwankungen des Preisniveaus. Daher muß man eben vom sozialistischen Standpunkte die Stabilisierung des Preisniveaus anstreben.

Zur Bekämpfung des feudalen Agrarkapitalismus existiert ja wohl ein kleiner Agrarprogramm, dessen Durchführung durch eine Indexwährung nicht überflüssig wird, braucht eigentlich kaum besonders betont zu werden.

Nachdem wir festgestellt haben, daß nunmehr auch Dr. Halasi (trotz einiger Bedenken hinsichtlich besonderer Schwierigkeiten) sich zur Indexwährung, d. h. zu der Forderung der Anpassung der Geldmenge an die Warenmenge (und nicht an die Goldmenge), bekennt, könnten wir ja eigentlich — froh des neu gewonnenen Mitstreiters — an die praktische Propaganda gehen. Es ist gewiß nicht bloße Rechthaberei, wenn wir trotzdem noch den Umlaufzwang des Geldes fordern. Man kann unser gemeinsames Ziel, die Stabilisierung des Preisniveaus durch Anpassung der Geldmenge an die Warenmenge, nur dann erreichen und auf die Dauer halten, wenn das Geld umläuft!

Um einen Vergleich zu gebrauchen: Das Steuer eines Segelschiffes ist nur solange wirksam, als das Schiff sich vorwärts bewegt — andernfalls ist es widerstandslos den Strömungen des Meeres preisgegeben und wird unter Umständen stranden. (Ob die Vorwärtsbewegung des Schiffes aufliegt, weil der Wind eingeschlagen ist, oder weil die Segel geriffelt sind, spielt dabei keine Rolle.) Um diesem Fiasko vorzubeugen, baut man bekanntlich kleine Hilfsmotoren in die Segelschiffe.

Ebenso ist die Geldpolitik ohnmächtig, wenn das ausgegebene Bargeld nicht umläuft, sondern, wie heute, gehamstert wird. Dabei ist es ebenso gleichgültig, ob das Geld gehamstert wird aus Angst vor einer neuen Bankensparre oder in der Absicht, durch den erwarteten Preisabbau zu profitieren, oder aber weil — wie es zum Beispiel 1928 in den Vereinigten Staaten der Fall war — die ungenügende Rentabilität ein Verborgenes des Geldes nicht „lohnend“ (rentabel) erscheinen ließ.

Stillgelegtes Bargeld muß zu einer Senkung des Preisniveaus, das heißt zu einer Deflation führen. Dr. H. übersieht meines Erachtens aber auch, daß es gar nicht auf die Umlaufgeschwindigkeit ankommt. Ob das Geld langsam oder ob es schnell umläuft, ist unwesentlich, da diesen Vorgängen durch Veränderung der Geldmenge begegnet werden kann. Es muß lediglich eine Mindest-Umlaufgeschwindigkeit garantiert werden. Dazu gibt es nur drei Mittel:

- 1. Man verspricht den Geldhamstern hohe Zinsen, wenn sie so gnädig sein würden, ihr gehamstertes Geld herauszugeben. — Als sozialistisch ist dieser Vorschlag kaum anzusprechen.
- 2. Oder man macht es wie in Rußland: Wer Geld hamstert, wird erschossen. — Ob das sozialistisch ist?
- 3. Oder aber man macht es wie die Eisenbahnverwaltung, die ein Hamstern von Frachtwagen durch das Wagenstandgeld verhindert: Man unterwirft das bare Geld einer Geldsteuer.

Tagung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene

An Stelle ihrer Jahreshauptversammlung, deren Durchführung in diesem Jahre nicht möglich erscheint, veranstaltet die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene am 12. Mai in Berlin eine außerordentliche Tagung mit der Tagesordnung: „Die wirtschaftliche Bedeutung der Gewerbehygiene.“

Kündigungsschutz des Schwerbeschädigten-Gesetzes

Mehrere deutsche Firmen hatten sich zur Ausführung der ihnen vom Deutschen Reich übertragenen Reparationsarbeiten in Frankreich zu einer Arbeitsgemeinschaft, deren Sitz in Lothringen war, zusammengeschlossen.

schlossenes Arbeitsverhältnis. Der Kläger ist nicht aus einem in Deutschland geführten Betrieb zur Ausführung von Arbeiten ins Ausland gesandt, für deren Dauer er Angehöriger des deutschen Betriebes blieb.

Stärke der Belegschaft und Größe der Betriebsvertretung

Das Betriebsrätegesetz schreibt in §§ 15 und 16 die Größe und Zusammensetzung der Betriebsvertretung entsprechend der Stärke der Belegschaft und ihrer Teilung in Arbeiter und Angestellte vor.

Gewerkschaftliche Ferienreisen 1932

Die Kulturredaktion des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ortsausschuß Leipzig, veranstaltet in Gemeinschaft mit den Ortsausschüssen Berlin und Chemnitz seit Jahren gemeinschaftliche Ferienreisen für Arbeiter, Angestellte und Beamte sowie deren Angehörige.

Trotz der schweren Zeit wird auch im Jahre 1932 diese Kulturarbeit nicht eingestellt. Viele Arbeitnehmer, die trotz der Krise noch ein erträgliches Einkommen beziehen, haben viel-

Advertisement for 'AIS RESERVA' featuring a man eating and a product can. Text: 'eine Dose mit den appetitlichen GEG-DELIKATESSEN-ODER BOCKWÜRSTCHEN!'

leicht gerade jetzt den Wunsch, außerhalb des täglichen Lebenskreises Erholung und Anregung durch eine Reise zu finden. Ein gut ausgestatteter Reiseprospekt wird gegen Einsendung von 40 Pf., die bei Teilnahme an einer Reise gutgeschrieben werden, von der Verlagsgesellschaft des ADGB zugeschickt.

CLUB ist nicht

für Bilder-Sammler, sondern für Qualitäts-Raucher bestimmt, denn echt macedonische Tabake sind so teuer, aber auch so gut, daß »Zugaben« (?) weder möglich noch notwendig sind.



BANK UND SPARKASSE ALLER ARBEITNEHMER

IST DIE

BANK DER ARBEITER, ANGESTELLTEN UND BEAMTEN, BERLIN

Zentrale: S 14, Märkisches Wer 22, Depositenkassen: SW 68, Lindenstr. 3

Filialen: Bochum, Viktorstr. 48, Braunschweig, Oelschlägerstr. 29, Bremen, Nordstr. 43, Dresden, Margaretenstr. 17, Dortmund, Münsterstr. 53, Düsseldorf, Hauptstr. 17, Essen, Hauptstr. 82, Frankfurt a. M., Bürgerstr. 69-77, Hamburg, Spandauerstr. 58, Hannover, Nitzschstr. 70, Köln a. Rh., Severinstr. 230, Leipzig, Zeitzer Str. 28, Linz, Eisenstr. 4, Lübeck, Königstr. 108, Magdeburg, Gr. Märzstr. 2, München, SO 7, Poststr. 40-42, Saarbrücken, Bräuerstr. 6, Stuttgart, Kronenstr. 24.

Schriftenschau

Die Arbeiter-Reise- und -Wanderführer. Im Dietz-Verlag ist soeben der erste, 438 Seiten starke, mit zahlreichen Karten und Abbildungen versehene Arbeiter-Reise- und -Wanderführer zum Preise von 2 M erschienen. Mit der Herausgabe dieses Arbeiter-Reise- und -Wanderführers hat sich der Partei-Zentralrat ein utopisches Verzeichnis erworben.

Der Große Brockhaus. Handbuch des Wissens in 20 Bänden. Band 11 ist jetzt erschienen. Er umfaßt die Buchstaben L bis Mah. Preis in Leinen gebunden 23,40 M, bei Umtausch gegen ein altes Lexikon nach den festgesetzten Bedingungen 21,15 M.

Die Frau im Leben der Naturvölker. Von Bruno Baega. Urania-Freidenker-Verlag GmbH, Jena. Mit reichem Bildmaterial. Preis broschiert 1,30 M, in Ganzleinen gebunden 1,80 M.

Volk und Sozialdemokratie. Von Gregor Bienstock. Dietz-Verlag, Berlin SW 68. Preis 15 Pf. Der Verfasser, der vor kurzem die wertvolle nationalökonomische Studie „Deutschland und die Weltwirtschaft“ vorlegte, gibt in dieser Broschüre einen sachlich begründeten Überblick über die seit 1918 von der Sozialdemokratie geleistete innen- und außenpolitische Arbeit.

Kapitalistisches Wirtschaftschaos oder sozialistische Planwirtschaft? Von Kurt Mendelsohn. Verlag J.H.W. Dietz Nachf., GmbH, Berlin SW 68. Preis broschiert 75 Pf. Die Schrift führt mitten hinein in die Krisenergebnisse. Sie ist eine klare, grundsätzliche Auseinandersetzung mit den Systemfehlern der heutigen Wirtschaftsverfassung und zugleich ein Querschnitt der Mißstände des Monopolkapitalismus.

Bewährte Mittel der häuslichen Gesundheits- und Krankenpflege (Wechselbad, Leibwickel, Kompressen und andere Packungen). Mit 7 Abbildungen. Von Dr. med. H. Maßen. Preis 1,25 M. Süddeutsches Verlagshaus GmbH, Stuttgart, Birkenwaldstraße 44.

Die deutsche Montan- und Metallindustrie im Zeitalter der Fugger. Von I. Strieder. Heft 6 von „Deutsches Museum, Abhandlungen und Berichte“. Mit 5 Abbildungen und 1 Bildblatt. Preis 1 M. Vdt-Verlag, Berlin. Diese Darstellung dient zur geschichtlichen Aufklärung unseres modernen industriellen Lohnarbeitertums und des großindustriellen Unternehmertums.

Sehen erziehen: Die Neugeschichtung des Aktienrechts auf Grund der Hauptveränderungen Erster Teil von Otto Voss 70 Seiten Preis 50 Pfennig

Advertisement for 'Tucha' featuring a swan logo and text: 'Wir helfen an jeder Stelle'.

Advertisement for 'Billige böhmische Bettfedern' with a duck logo and text: 'Hier keine gefüllende Sorten'.

Advertisement for 'Eisenbetten' and 'Mandelin Sie' with text: 'Eisenbetten, Mandelinsie'.

Advertisement for 'Großer Preisverkauf billige böhmische Bettfedern' with a swan logo and text: '1 Pfennig pro Feder'.

Large advertisement for 'Witt hat einzig und allein' featuring a factory illustration and a list of products with prices: 'Gardinen', 'Baumwollgewebe', 'Baumwolltuch', etc.